Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 270 | Dresden, Montag den 22. November 1920 | 31. Jahrg.

Schieberrepublik oder Schiebermonarchie?

Das Schimpfwort Schieberrepublik gehört zum eisernen Bestand des reaktionären Agitationsstoffes. Es läßt sich nicht leugnen, daß bei den heutigen schwankenden Wirtschaftsverhältnissen für Schiebungen und mühelose Gelegenheitsgewinne eine besonders günstige Konjunktur ist, aber diese Konjunktur ist in Wirklichkeit bereits durch den Krieg geschaffen und damals schon von allen Gewinnsüchtigen weidlich ausgenutzt worden.

Aber mit ihrem Schimpfwort wollen wohl die Reaktionäre sagen, daß es gerade die Republikaner sind, die schieben. Der Fall des Bankhauses Grußer, Philippson, Hohenzollern u. Komp. zeigt nun aber wohl auch dem Blindesten, daß die Monarchisten keineswegs blöde sind. Noch mehr! Die erlauchten Herrscherhäuser selbst sind es, die mit dem Beispiel vaterlandslosen Eigennutzes kräftig vorangehen. Mehrere hundert Millionen haben die erlauchten Herrschaften durch Grußer aus dem verarmten Deutschland in das Ausland verschoben, nur darauf bedacht, sich selber vor der Entwertung der deutschen Mark und den hohen inländischen Steuern zu schützen.

Aber man darf sich über das Treiben dieser Herrschaften in der Republik nicht wundern. Setzen sie doch nur fort, was die Hohenzollern unter der Monarchie, ihrer eignen Monarchie, jahrhundertelang getrieben haben. Woher stammen denn die vielen hunderte Millionen, die jetzt ins Ausland verschoben sind, woher stammt die niedliche Kleinigkeit von einer Milliarde, die Wilhelm der Großmütige als Abfindung dafür fordert, daß er das Volk mit seiner Regierung verschont?

Die Antwort darauf geben die Verhandlungen des preußischen Rechtsausschusses, in dem seit Tagen die Abfindungsfrage behandelt wird. Leider werden diese Verhandlungen viel zu wenig beachtet, leider können die Zeitungen wegen des leidigen Papiermangels nur mit äußerster Kürze darüber berichten. Diese Verhandlungen ergeben, daß das Regieren für die Hohenzollern jahrhundertelang ein Mittel gewesen ist, um sich schamlos auf Kosten des von ihnen regierten Staates zu bereichern. Wie sollte es auch anders sein? Wenn ein Bankprokurist plötzlich über ein Millionenvermögen verfügt, so fragt man höhnisch, ob er denn das von seinem Gehalt erspart hat. Bei den Hohenzollern ist die gleiche Frage nur allzu berechtigt. Namentlich Wilhelm, der immer über seinen Etat von 20 Millionen jährlich lebte, hat wohl kaum etwas erspart, trotzdem ist auch unter ihm das private Hohenzollernvermögen bedeutend gewachsen.

Die hauptsächliche Bereicherungsmethode der Hohenzollern beruhte in der Ausnützung der unklaren Rechtsverhältnisse, die daher rühren, daß bis in die moderne Zeit das Staatsvermögen und das Privatvermögen der Hohenzollern nicht getrennt verwaltet wurden. Es hat zwar zahlreiche Auseinandersetzungen später gegeben, bei denen die Hohenzollern nie zu kurz gekommen sind, aber trotz diesen Auseinandersetzungen haben sie es immer wieder fertig bekommen, noch bis in die letzte Zeit wertvolle Staatsvermögen als ihr Eigentum zu reklamieren. So wurde im Jahre 1900 das Akademieviertel in Berlin von den Hohenzollern an den Staat für 14 Millionen verkauft, obwohl diese Grundstücke dem Staat schon immer gehört hatten. Also etwa die gleiche Schiebung, wie wenn ein Fabrikdirektor seiner Fabrik ihre eignen Maschinen verkauft und sich dafür das Geld einsteckt.

Und doch sind diese von den Hohenzollern erschobenen 14 Millionen nur ein kleiner Posten in der großen Gesamtschiebung. Der Rechtsausschuß hat festgestellt, daß über die Hälfte der Grundstücke, die jetzt von den Hohenzollern als ihr Eigentum in Anspruch genommen werden, aus Mitteln des Kronfidei-Kommiß-Kapitalfonds erworben wurden. Dieser Kronfonds wurde aber immer wieder dadurch aufgefüllt, daß die Hohenzollern Staatsgrundstücke veräußerten. Also der Fall eines Bureaubeamten, der den Bureauschreibtisch seiner Firma verkauft und sich von dem Erlös zu Hause einen Schreibtisch anschafft — nur ins Riesenhafte übertragen!

Mitunter waren die Hohenzollern al[illegible] auch so gnädig, dem Staat für die ihm abgenommenen Grundstücke etwas zu bezahlen. So wurde der Grund und Boden, auf dem Schloß Babelsberg steht, von ihnen dem Staat mit vollen 356 Talern und 6 Pfennigen (letztere nicht zu vergessen!) vergütet. Heute wird der gleiche Grundbesitz auf 28 Millionen geschätzt. Aber die Hohenzollern sagen: Gekauft ist gekauft, denn: Adel verpflichtet!

Noch schöner ging es bei dem Kauf von Saarow an der Havel zu. Dieser Grundbesitz sollte nach seinem Reinertrag bezahlt werden. Da aber angeblich ein Reinertrag nicht vorhanden war, so wurde eben auch nichts bezahlt! Also gekauft für 0,0, aber „gekauft ist gekauft“, sagt Wilhelm der Anständige.

So haben die Hohenzollern es glänzend verstanden, das Regieren zu einer ungeheuren persönlichen Bereicherung für sich zu gestalten. Die anrüchigsten Methoden, den Staat zu prellen, waren ihnen recht. Aber wie jener alte römische Kaiser sagten sie, „es stinkt nicht“ — nämlich das Geld, das sie auf diese Weise einheimsten. Und nun fragen wir: besteht nicht tausendmal mehr Ursache, als von einer Schieberrepublik zu reden, die vergangene Schiebermonarchie zu beleuchten?!

Eine Bartholomäusnacht in Dublin

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 22. November. In der letzten Nacht ist in der irischen Hauptstadt Dublin ein Blutbad angerichtet worden. Bis jetzt konnte festgestellt werden, das elf Offiziere getötet wurden, aber auch eine große Anzahl gemeiner Soldaten fielen der organisierten Bartholomäusnacht zum Opfer. Nach Drahtberichten über diese blutige Orgie wurden die meisten Soldaten gemordet, während sie in ihren Zimmern im Bett lagen. Die Sinnfeiner hatten die Adressen ihrer Opfer ausfindig gemacht und dann die Ausführung systematisch vorbereitet. Nach Bekanntwerden dieses Meuchelmordens entspannen sich heftige Straßenkämpfe in Dublin, bei denen, soviel bisher bekannt ist, drei Personen getötet wurden. In einem einzigen Privathaus wurden vier Offiziere getötet. Die Straßenschlacht dauert noch an und erneuert sich immer wieder. Militärpanzerautos jagen durch die Straßen und fahren schonungslos in die Menge hinein

Dublin, 22. November. Ueber die blutigen Vorgänge vom Sonnabend wird berichtet: Am Sonntag nachmittag umringte die Polizei den Sportplatz für athletische Kämpfe und untersuchte die Menge nach Waffen. Die Polizei beschlagnahmte eine Anzahl Revolver. Ein Sinnfeinerposten beschoß die Polizei beim Herannahen. Die Polizei erwiderte das Feuer, tötete und verwundete eine Anzahl von Personen. Bei dem Gedränge wurden ein Mann und eine Frau getötet. Nach unbestätigten Gerüchten beträgt die Zahl der Opfer 10 Tote und 60 bis 70 Verwundete.

London, 22. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Dublin vom 21. November: Heute morgen 9 Uhr fand in verschiedenen Teilen Dublins ein allgemeiner Angriff auf Offiziere und ehemalige Offiziere in ihren Wohnungen statt. Dabei wurden 14 Personen getötet, 6 verwundet, drei der Mörder gefangengenommen. Zwei Polizisten, die zur Verstärkung ausgesandt worden waren, wurden auf dem Wege erschossen. Unter den Toten befinden sich zwei Kriegsgerichtsoffiziere. Polizei und Militär veranstalteten heute nachmittag eine Razzia in der ganzen Stadt. Die Bürger sind von einer Panik ergriffen, da sie Vergeltungsmaßnahmen befürchten.

Eine spätere Reutermeldung besagt: Unter den heute in Dublin getöteten Offizieren befinden sich ein Major, fünf Hauptleute, ein Hauptmann a. D. und ein Leutnant, unter den Verwundeten zwei Obersten, ein Hauptmann und ein Leutnant. Die Zahl der Personen, die die Offiziere umgebracht haben, beträgt 12 bis 24. Zahlreiche Opfer befanden sich noch im Bette, als sie angegriffen wurden. Ein Hauptmann wurde in seinem Schlafzimmer in Gegenwart seiner Frau erschossen, nachdem er zuvor den Angreifer, der später gefangengenommen wurde, verwundet hatte.

Ein Gehilfe Korfantys ermordet

Beuthen, 20. November. Heute nachmittag erschienen in der Wohnung von Theophil **Kupke**, dem Herausgeber der Wola Ludu (der Wille des Volkes), der bis vor einiger Zeit **Mitarbeiter Korfantys** im Hotel Lomnitz war, **drei maskierte Personen**, die nach Beschäftigung fragten. Kupke, der an der Wohnungstür zunächst die Namen verzeichnen wollte, erhielt sofort **vier Schüsse**, darunter je einen in Kopf und Brust, die seinen **Tod auf der Stelle** herbeiführten. Der Mord ist offenbar politischer Natur. Bereits seit Tagen wurde Kupke von den verschiedensten Seiten durch allerlei Nachfragen ausgeforscht, so daß festzustehen scheint, daß seine Beseitigung von langer Hand geplant war.

Schweres Eisenbahnunglück

Marienwerder, 22. November. Wie die Neuen Westpreußischen Mitteilungen melden, ist heute früh auf dem Bahnhof Braunswalde, der letzten Station vor Marienburg, der neu eingelegte Güterzug 5060 mit dem von Marienwerder kommenden Personenzuge 1001 zusammengestoßen. Bis jetzt sollen 40 Personen tot oder schwer verwundet aus den Trümmern gezogen worden sein.

Blutiger Kampf im Gemeinderat

Bologna, 22. November. In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderats kam es zu Schießereien zwischen Sozialisten und ihren Gegnern. Dabei wurden sieben Personen getötet und etwa 30 verletzt. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Am Abend herrschte Ruhe in der Stadt.

Gewinnbeteiligung als Sozialisierungsersatz

Herr Stinnes hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, als Ersatz für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues die Bergarbeiter am Gewinn zu beteiligen. Es sollen kleine Aktien zu 100 M. ausgegeben werden, die die Arbeiter erwerben können. Herr Stinnes kann nicht beanspruchen, mit seinem Vorschlag eine neue Erfindung gemacht zu haben. Der Gedanke der Gewinnbeteiligung ist nicht nur nicht neu, sondern auch vielfach schon in die Praxis umgesetzt worden. In einzelnen Betrieben erhalten die Arbeiter auch heute schon einen Anteil am Gewinn, wie z. B. in den Zeißwerken in Jena. Bürgerliche Sozialpolitiker und wohlmeinende Fabrikanten haben sich von der Gewinnbeteiligung große Dinge versprochen, so etwa eine Beseitigung des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Unternehmern, oder gar die Lösung der sozialen Frage. Aber diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und trotzdem über die Gewinnbeteiligung schon sehr viel geschrieben worden ist, hat sie verhältnismäßig wenig Verbreitung gefunden.

Die Gewinnbeteiligung ist auch durchaus nicht geeignet, die an ihre Einführung geknüpften Hoffnungen zu erfüllen. Die Arbeiter können es sich selbstverständlich nicht gefallen lassen, daß ihr Anteil am Gewinn an die Stelle eines Teiles ihres Lohnes tritt, denn dann würden sie statt eines festen Betrages eine unsichere Einnahme erhalten, die ganz wegfällt, wenn etwa ihr Unternehmen mit Verlust abschließt. Die Gewinnbeteiligung kann also nur neben dem üblichen Lohn gewährt werden. Aber in der Vorkriegszeit ist die Dividende unserer Aktiengesellschaften im allgemeinen nicht über 5 bis 10 Prozent des Lohnes hinausgegangen, und wenn auch heute die kapitalistischen Gewinne sehr hoch sind, so kann doch die Gewinnbeteiligung dem Arbeiter nur verhältnismäßig geringe Einnahmen bringen und seine soziale Lage nicht wesentlich ändern. Herr Stinnes will nun nicht schlechthin allen Arbeitern eine Gewinnbeteiligung geben, sondern nur denjenigen, die eine Aktie erworben haben. Aber selbst wenn ein Arbeiter eine Tausendmarkaktie im Besitz hätte, so würden ihm je nach der Höhe der Dividende jährlich 50 bis 200 M., in Ausnahmefällen auch einmal 300 bis 400 M. zufließen, ein im Verhältnis zum Lohn geringer Betrag. Dabei müssen sich die Arbeiter selbstverständlich die Summe abrechnen, die sie anderwärts als Zinsen für das zum Kauf der Aktie verwandte Geld bekommen könnten. Und da die Aktien, wenigstens soweit sie hohe Dividenden bringen, meist beträchtlich über ihrem Nennwert bezahlt werden müssen, so wären die Vorteile aus einer Gewinnbeteiligung nach dem Rezept Stinnes' für die Arbeiter sehr gering. Herr Stinnes rechnet nun nicht einmal damit, daß die Arbeiter Tausendmarkaktien erwerben, sondern er will kleine Aktien für sie ausgeben lassen. Ein Arbeiter, der aber nur mit einigen hundert Mark oder gar nur mit 100 M. an einem Unternehmen beteiligt wäre, würde jährlich nur ein paar Mark erhalten, eine Summe, die überhaupt nicht der Rede wert ist.

Die Absicht des Herrn Stinnes ist es, durch die Gewinnbeteiligung aus den Arbeitern eine Schutzgarde gegen die Sozialisierung zu machen. Er rechnet darauf, daß nach Durchführung der Gewinnbeteiligung die Kohlenmagnaten die Arbeiter immer auf ihrer Seite haben würden, wenn es sich darum handelte, die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben. Die Gefahr, daß die Arbeiter in Preisfragen den Unternehmern Gefolgschaft leisten, kann freilich durch die Gewinnbeteiligung erhöht werden. Sie wird aber nicht erst durch die Gewinnbeteiligung geschaffen. Schon jetzt haben wir oft genug gesehen, daß die Arbeiter geneigt sind, Preiserhöhungsforderungen der Unternehmer zu unterstützen, wenn sie dabei eine Lohnerhöhung erzielen. Gegen die Gefahren, die aus einem derartigen Zusammengehen von Unternehmern und Arbeitern entstehen können, kann uns nur die Einsicht der Arbeiter schützen. Schließlich müssen doch die Arbeiter begreifen, daß Einkommenserhöhungen, die auf Kosten der Verbraucher erfolgen, höchstens einmal vorübergehend der einen oder anderen Arbeitergruppe helfen können, daß sie sich aber in ihrer Wirkung aufheben, wenn allenthalben die Erhöhung des Arbeitereinkommens zu einem Steigen der Preise führt, weil eben ja die Arbeiter gleichzeitig Verbraucher sind. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob den Arbeitern die erhöhten Einnahmen durch gesteigerte Löhne oder durch eine Beteiligung am Gewinn zufließen.

Man braucht nicht zu bestreiten, daß unter Umständen die Gewinnbeteiligung einen kleinen Nutzen stiften kann, indem sie die Arbeiter zu sorgsamer und intensiverer Arbeit anspornt, ein Ziel, das aber in vielen Fällen auf anderem Wege besser erreicht werden kann, etwa durch die Zahlung von Akkordlöhnen oder die Gewährung von Prämien. Mit der Sozialisierung aber hat die Gewinnbeteiligung nichts zu tun. Die Sozialisierung soll den Zweck haben, das Wirtschaftsleben so zu organisieren, daß die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herrschende Verschwendung von Gütern und Arbeitskräften beseitigt wird. Durch die Gewinnbeteiligung aber wird an der Organisation der Wirtschaft nichts geändert. Es wird z. B. nicht erreicht, daß minder leistungsfähige Betriebe, die Kohlen und Rohstoffe schlecht ausnützen, beseitigt werden. Ebensowenig wird an den Kosten, die für Kundenwerbung und durch die Konkurrenz entstehen, etwas gespart.

Der Sozialismus erstrebt die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel. Er will Fabriken, Maschinen, Kohlenbergwerke usw. in die Hände der Allgemeinheit bringen, er will aber nicht, wie das bei der Verwirklichung der Stinnesschen Vorschläge geschähe, die Arbeiter zu kleinen Kapitalisten machen.

Dann soll es der Zweck der Kohlensozialisierung sein, eine möglichst weitgehende Sicherheit dafür zu schaffen, daß die Kohle zweckmäßig verwendet wird. Es soll z. B. verhütet werden können, daß Kohle zur Herstellung von Luxuswaren dient, wenn sie zur Produktion lebensnotwendiger Güter nicht entbehrt werden kann. Schon jetzt findet eine amtliche Kohlenbewirtschaftung statt, durch die für eine möglichst rationelle Verteilung der Kohlen gesorgt werden soll. Komm[illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201122/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Verfügung über die Kohlenschätze in die Gewalt der Gesamtheit, so kann noch in höherem Grade als heute eine den Gesamtinteressen unserer Volkswirtschaft wirklich entsprechende Kohlenverteilung gewährleistet werden. Aber die Gewinnbeteiligung würde uns hier gar nichts nützen.

Die Arbeiterschaft hat daher allen Grund, sich gegen den von Stinnes vorgeschlagenen Sozialisierungsersatz zu wenden. Sie muß an der Forderung festhalten, daß die Allgemeinheit unsre Kohlenschätze in die Hand bekommt. Sie wird nicht für das Linsengericht der Gewinnbeteiligung auf die Sozialisierung verzichten.

Die Prager Universität siedelt um?

Zittau, 21. November. Wie aus Reichenberg i. B. gemeldet wird, haben der akademische Senat und die Vertreter der Studentenschaft der Universität Prag gegen die Stimme eines Senators infolge der letzten Vorgänge in Prag die Verlegung der Prager Hochschule nach Deutschböhmen beschlossen und Reichenberg dafür in Aussicht genommen. Dort haben sich bereits viele vertriebene Prager Studenten eingefunden, die heute vormittag eine öffentliche Versammlung abhielten.

Ein ähnliches Ereignis hat schon einmal im Jahre 1400 stattgefunden. Damals wanderten unter der Führung der Professoren Otto von Münsterberg und Johann Hoffmann 2000 deutsche Studenten aus der Moldaustadt aus. Den Anlaß gaben Maßnahmen gegen die sogenannten deutschen Nationen an der Prager Hochschule. Dieser Auswanderung verdankt die Leipziger Universität ihre Entstehung. Denn die Landgrafen von Thüringen und die Markgrafen von Meißen errichteten in der Handelsstadt an der Pleiße eines neues Studium generale, an dem die meisten Hörer und Lehrer aus Böhmen Aufnahme fanden.

*

Ein deutscher Schritt in Prag

Prag, 20. November. Der deutsche Gesandte hat bei dem Präsidenten Schritte zum Schutze der reichsdeutschen Staatsangehörigen unternommen, da im Laufe der letzten Exzesse gegen die Deutschen auch Reichsdeutsche mißhandelt wurden.

Die dynastische Krise in Griechenland

Athen, 21. November. Das Kabinett hat die Volksabstimmung über die Frage der Rückkehr König Konstantins auf den 28. November festgesetzt.

Zürich, 22. November. Zur dynastischen Krise in Griechenland meldet der römische Vertreter des Corriere della Sera in einem offiziösen Artikel: Die italienische Regierung habe nicht die Absicht, sich einer Aktion anzuschließen, die einer fremden Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer befreundeten und verbündeten Nation gleichkomme. Italien habe sich auch vor 3½ Jahren der Aktion Frankreichs und Englands nicht angeschlossen, obwohl diese beiden Staaten es für ihre Pflicht hielten, König Konstantin aus Athen zu entfernen.

Mit Venizelos sind auch alle früheren Minister aus Griechenland abgereist, ebenso eine Anzahl Notabeln der liberalen Partei, darunter mehrere Zeitungsdirektoren. Die Gefängnisse wurden alsbald nach der Abreise Venizelos' geöffnet und die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt. Gestern vormittag statteten die Mitglieder des diplomatischen Korps dem Ministerpräsidenten einen amtlichen Besuch ab.

Zur Frage der Regierungsbildung

Die Erörterungen über die Frage der Regierungsbildung in Sachsen werden in den Blättern aller Richtungen fleißig fortgesetzt. Die Chemnitzer Volksstimme bringt in ihrer Sonnabendnummer einen Artikel des Genossen Landgerichtsrat Ernst Ruben, aus dem wir folgendes hervorheben möchten:

„Die politische Lage, wie sie sich jetzt in Sachsen herausstellt und übrigens auch im Reich nicht viel anders ist, zwingt nun die beiden unabhängigen und die kommunistischen Parteien zu einer größeren Verantwortlichkeit. Die Parteien werden durch die obengeschilderte typische Lage vor die Frage gestellt, ob sie in ihrem Haß gegen die Mehrheitssozialdemokratie so weit gehen wollen, wie sie es im Reiche getan haben, nämlich auf unabsehbare Zeit trotz numerischen Uebergewichts der sozialistischen Parteien eine reaktionäre Regierung zu erzwingen. Bei der Regierungsbildung im Reiche und in Mecklenburg glaubte man bei diesen Parteien noch mit dem üblichen Schimpfen auf die mehrheitssozialdemokratischen Verräter das eigene Gewissen überschreiten zu können. Man sieht aber immer mehr ein, daß dies die breiten Massen den sozialistischen Parteien überhaupt entfremden kann und selbst für die eigene Partei nicht die erhoffte agitatorische Wirkung hatte ... Deswegen ist gerade die unabhängige Partei, die sich schon zu größerer Verantwortlichkeit durchzuringen beginnt, zu dem Entschluß genötigt, nicht nur mit uns „Verrätern“, sondern auch mit den Demokraten aktiv eine Regierung zu bilden.“

Das Sächsische Volksblatt in Zwickau bezeichnet wiederholt als äußerste Grenze die Regierungsbildung mit den Unabhängigen und Demokraten und sagt dann weiter:

„Die Aufnahme einer Rechtspartei in die Regierung gilt für uns als vollkommen ausgeschlossen. Das Zustandekommen dieser Koalition hängt von der Haltung der Unabhängigen ab. Treibt die U. S. P. ihre bisherige Negationspolitik aus Furcht vor den Linksradikalen weiter fort, so wird sie auch noch den übrig gebliebenen Rest von Wählern verlieren. Doch das ist Sache der U. S. P. selbst, wir brauchen uns darüber den Kopf nicht zu zerbrechen. Ist erst Klarheit über die Haltung der U. S. P. geschaffen, dann wird die Frage der Regierungsbildung auch bald für uns gelöst sein.“

Das Dresdner Organ der Unabhängigen druckt in seiner Sonnabendnummer einen Artikel nach, den Richard Lipinski über die Wahl in Sachsen in der Freiheit veröffentlichte. Darin heißt es:

„Es bleibt eine sozialistische Regierung übrig, die als Stütze der Arbeiterklasse gegen die Reaktion Bedeutung gewinnt. Die Liebe der Rechtssozialisten zu den Demokraten war aber bisher so stark, daß sie auf sozialistische Grundsätze verzichteten, eine Regierungsbildung mit der U. S. P. D. ablehnten und sich den Demokraten in die Arme warfen. Die U. S. P. D. hat es abgelehnt, mit bürgerlichen Parteien in eine Regierung einzutreten und kann jetzt erst recht nicht von diesem Standpunkt abgehen. Wie die Kommunisten, die doch die Neukommunisten in sich aufnehmen müssen, sich zu der Regierungsbildung stellen, ist ziemlich klar, sie werden sie ablehnen, wenn der alte Geyer sich nicht mit Hoffnungen trägt, wieder „diktatorischer“ Finanzminister zu werden. Die Situation ist völlig unklar. Die Arbeiterklasse hat eine Bataille verloren, aber die Sieger haben keine Freude am Sieg und die Auflösung und Neuwahl des Landtags erscheint in greifbare Nähe gerückt.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die Unabhängigen auch heute noch nichts von der Beteiligung an einer Regierung wissen wollen, in der auch Demokraten sitzen. Die Wendung in Lipinskis Artikel, wir hätten eine Regierungsbildung mit der U. S. P. D. abgelehnt, stellt die Tatsachen auf den Kopf. Die gemeinsame Regierungsbildung mit den Unabhängigen scheiterte, weil diese eine ihrer Zahl und Bedeutung durchaus nicht entsprechende paritätische Besetzung des Gesamtministeriums forderten und andre unannehmbare Zumutungen stellten. Die Unabhängigen waren es also, die eine sozialdemokratische Regierung vereitelt haben.

Der Vollständigkeit halber vermerken wir noch, daß der Dresdner Anzeiger erneut in einem ausführlichen Artikel in der Sonntagnummer einer Regierungsbildung durch Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteilern das Wort redet und daß die Dresdner Nachrichten für ein Beamtenkabinett eintreten.

*

Genosse Dr. Wünsche macht in einer Zuschrift an die sächsische Parteipresse den Vorschlag, über die Frage der Regierungsbildung eine Urabstimmung herbeizuführen: „Der Landesvorstand müßte die Parole ausgeben, daß möglichst sofort in den einzelnen Gruppen, Bezirken, Kreisen usw. Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen stattfinden, welche die Frage der Regierungsbildung zu behandeln und das Resultat einer entsprechenden Abstimmung der Zentralstelle mitzuteilen haben.“ Wir halten mit der Leipziger Freien Presse das vom Genossen Dr. Wünsche vorgeschlagene Verfahren für etwas zu umständlich und hoffen, daß auch auf einem andern Wege eine dem Willen der Mehrheit unserer Parteigenossen entsprechende Stellungnahme herbeizuführen sein wird.

Die Unabhängigen zur Regierungsbildung

Der Tel.-Union-Sachsendienst meldet: Die Parteifunktionäre der Unabhängigen Sozialdemokratie in Sachsen nahmen, wie die Dresdner Unabhängige Volkszeitung in ihrer heute nachmittag erscheinenden Nummer mitteilt, Stellung zur Frage der Regierungsbildung in Sachsen. Danach ist die Unabhängige Partei bereit, in eine rein sozialistische Regierung in Sachsen einzutreten, auch wenn eine sozialistische Partei darin nicht vertreten ist. Voraussetzung ist jedoch die Gewähr des entsprechenden notwendigen Einflusses auf die Regierung. Auch ist ein Mindestprogramm ausgearbeitet worden, das eingehalten werden muß.

Auch wir würden es begrüßen, wenn eine rein sozialistische Regierung in Sachsen und eine gemeinsame praktische politische Arbeit der S.P.D. und der U.S.P.D. möglich wäre. Wir glauben allerdings, daß sich unter den gegenwärtigen Umständen eine Regierung, die nur aus Vertretern der U.S.P. und S.P.D. bestände, kaum lange halten könnte, zumal es ihr vermutlich an einer Unterstützung durch die Linksunabhängigen und Kommunisten fehlen würde. Eine Linksregierung, die Aussicht auf Bestand hat, ist heute in Sachsen wohl nur möglich, wenn auch die Demokraten weiter an der Regierung beteiligt werden. Ob Aussicht auf ein Zustandekommen einer Koalition zwischen S.P.D. und U.S.P. besteht, wird man erst sagen können, wenn man die Mindestforderungen kennen wird, die die U.S.P. aufgestellt hat. Selbstverständlich wird die S.P.D. gern bereit sein, mit der U. S. P. zusammenzuarbeiten, um den demokratischen und sozialistischen Fortschritt zu fördern. Man kann nur wünschen, daß die Genossen von der U. S. P. keine Forderungen erhoben haben, deren Verwirklichung unmöglich wäre und die nur aus agitatorischen Gründen aufgestellt sind.

Die Kohlensozialisierung im Reichstag

31. Sitzung. Sonnabend den 20. November, 10½ Uhr.

Am Ministertisch: Scholz und Wirth.

Der Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird auf Antrag des Abg. Rießer (D. Vp.) dem Steuerausschuß überwiesen.

Es folgt die Interpellation Müller, Franken (Soz.): Ist die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den schon wiederholt — und besonders eindringlich nach dem Abkommen von Spa — zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf eine Gewinn-, Kapitals- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränken, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchführen wird.

Abg. Löffler (Soz.) begründet die Interpellation. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat erklärt, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehen werde, und daß der Reichswirtschaftsminister beauftragt sei, unverzüglich die weitere Verfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliege. Dann hat das Reichskabinett den Wirtschaftsminister aufgefordert, den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes umgehend vorzulegen. Zuletzt hat der Reichsschatzminister v. Raumer im Reichswirtschaftsrat erklärt, das Reichskabinett stehe auch jetzt noch geschlossen auf dem Boden der früheren Regierungserklärungen. Daraus ist zu ersehen, daß die Regierung sich klar und bündig festgelegt hat, daß sie sich zwar auf keines der Gutachten verpflichtet hat, wohl aber die Vorlegung eines Gesetzes unzweideutig versprochen hat. Seit diesen Erklärungen ist es aber still geworden von der Sozialisierung. Ich muß daher fragen: Auf welchem Standpunkt steht die Regierung jetzt? Will sie vor den Gegnern der Sozialisierung, die sich jetzt mächtig rühren, etwa zurückweichen? Darauf muß eine klipp und klare Antwort erteilt werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Ein historischer Rückblick auf die Geschichte des Bergbaues zeigt, daß bis zum Jahre 1860 ein Direktionsrecht des preußischen Staates bestanden hat, daß also bis zu diesem Zeitpunkt die Bergherren nur die Nutznießer der Bodenschätze gewesen sind. Erst das Jahr 1860 hat die Freiheit des Bergbaues gebracht. Damals wurde aus den bisher doch geachteten Bergknappen ein schwer kämpfendes Proletariat. Aber auch damals hat sich der preußische Staat des Eigentumsrechts an den Bodenschätzen nicht grundsätzlich begeben. Da nun die Zechenbesitzer später wiederholt ein Eigentumsrecht geltend gemacht haben, muß das Sozialisierungsgesetz das

Eigentumsrecht des Staates

unzweideutig in den Mittelpunkt stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Uebrigens haben schon 1877 die Bergherren die Bergbaufreiheit selbst reduzieren wollen, um der Ueberproduktion und der lästigen Konkurrenz vorzubeugen. Die Idee des Gesetzes über die Bergbaufreiheit war selbst nach Ansicht der preußischen Regierung in den letzten Jahrzehnten nicht mehr zutreffend, weil es dahin gekommen war, daß einige wenige Wirtschaftsgruppen sich des Bergbaues bemächtigt hatten. Auch der konservative Nationalökonom Adolf Wagner trat für die Verstaatlichung dieser Monopole ein. Selbst die Deutsche Tageszeitung war der Ansicht, daß die Kohle nicht der Privatspekulation ausgeliefert bleiben dürfe. Die bisher gemachten Vorschläge waren rein privatkapitalistisch orientiert. Man will jetzt statt der nicht mehr genügenden horizontalen Gliederung des Wirtschaftslebens die vertikale Gliederung einführen. Man will die einzelnen Produkte von ihrem Ursprung bei der Kohle her bis zu ihrer letzten Verfeinerung zusammenfassen. Die Folge davon wäre eine Zusammenfassung ganzer Wirtschaftszweige unter privatkapitalistischer Herrschaft. Gegen diese Kohlenherzogtümer, die unter den jetzigen Verhältnissen ungeheuerlich sind, müssen wir uns entschieden wenden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ganze Entgegenkommen gegen den Sozialisierungsgedanken besteht in diesem Gutachten in der Herausgabe von Kleinaktien, wodurch eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter erzielt werden soll. Es ist unmöglich, darin auch nur eine scheinbare Sozialisierung zu erkennen. Die Annahme dieser Vorschläge würde eine Auslieferung des gesamten Volkswohls an das Privatkapital bedeuten. Eine wesentliche Kohlenpreiserhöhung wäre notwendig, um die Kapitalserhöhung lohnend zu machen. Der Zweck der Sozialisierung ist nicht, die Macht des Privatkapitals zu stabilisieren. Das, was man heute statt Sozialisierung Kapitalisierung nennen kann, lehnen wir ganz entschieden ab. Es ist an der Zeit, daß die persönlichen Interessen hinter die Interessen der Gesamtheit zurückgestellt werden. Es ist richtig, daß die Verarbeiter sich über den Grundgedanken der Sozialisierung nicht ganz klar sind, nur etwa 10 Prozent sind tiefer in das Wesen der Sozialisierung des Kohlenbergbaues eingedrungen. Es gilt, unsre Kraft in den Dienst des Volksganzen zur Hebung eben des Ganzen zu stellen. Es ist Tatsache, daß die Produktion an Kohlen in den letzten Monaten mit Rücksicht auf das Abkommen von Spa ständig gestiegen ist. Sollte aber die Regierung die Arbeiterschaft durch einen kommenden Gesetzentwurf enttäuschen, dann wären die Folgen nicht zu übersehen. Das wäre nach meiner Meinung der Anfang von noch viel größerem Elend. Durch die Reihen vieler Hunderttausender Kohlenarbeiter geht der Ruf nach sittlicher Gerechtigkeit, der in dem Gedanken der Sozialisierung und der Forderung nach dieser seinen Ausdruck findet. Die Enttäuschung wäre das Schlimmste, was uns im gegenwärtigen Augenblicke geschehen könnte. (Zwischenruf und Widerspruch des Abg. Winnefeld [Zentr.]) Sie sind absolut nicht autorisiert, für die Verarbeiterschaft das Wort zu erheben, Sie sind inspiriert vom Christlichen Gewerkverein. (Beifall bei den Soz.) Wir sind uns unserer Mission vollkommen bewußt: die Steigerung der Produktion zu erreichen und dem Volksganzen zu dienen. Wir erwarten aber auch von der Regierung Verständnis und Entgegenkommen. (Beifall bei den Soz.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Zu der, wie ich anerkennen muß, außerordentlich sachlichen und maßvollen Begründung der Interpellation habe ich namens der Reichsregierung zu erklären: Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. Oktober einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung der gesetzgebenden Körperschaft vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats noch nicht abgeschlossen. Um endgültig eine gemeinsame Grundlage für diese entscheidende Frage der Neuregelung unseres Wirtschaftslebens zu finden, wurde die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaues bestehende Sachverständigenkommission durch weitere Sachverständige ergänzt. Es wäre verfrüht, schon jetzt, vor Abschluß der kommenden Beratungen, ein Urteil oder einen Bescheid zu geben. Dieser Erklärung habe ich nur wenige Worte hinzuzufügen. Der Herr Vorredner hat an die Regierung die Frage gestellt, ob sie noch immer bereit sei, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues vorzunehmen. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß sie nicht einen Schritt vorwärts und zwei Schritt rückwärts machen darf, sondern umgekehrt. Sie wird und muß einen geraden aber wohlüberlegten Weg einschlagen. Auch der Vorredner mußte anerkennen, daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung nicht so ganz leicht zu lösen ist. Daß es so ist, geht mit großer Deutlichkeit daraus hervor, daß die Partei des Interpellanten, die 1½ Jahre lang teils allein, teils maßgebend in der Reichsregierung gesessen hat, während dieser Zeit einen solchen Weg nicht vorzuschlagen vermochte. (Zustimmung rechts.) Nach Auffassung der Reichsregierung wäre es vermessen, wenn wir dieser außerordentlich schwierigen Frage, die mit Rücksicht auf die allgemeine Bedrängnis unsrer Wirtschaft von innen und außen mit ganz besonderer Vorsicht angefaßt werden muß, jetzt unter Nichtbeachtung derjenigen Beratungen vorgingen, die augenblicklich unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete stattfinden. Heute, wie immer, müssen wir alle Parteien dieses Hauses bitten, in dieser für das gesamte Wirtschaftsleben so einschneidenden Frage alle parteipolitischen Ansichten zurückzustellen und nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus mit uns und mit den Sachverständigen zu prüfen, welche Erledigung dieser Frage dem Gemeinwohl von Nutzen sein könnte. Es gibt nur einen solchen Weg, der begründet ist auf der gemeinsamen Zusammenfassung aller produktiven Kräfte des Volkes, und der zu einer Lösung führt, die für alle befriedigend ist. Die Regierung kann bei ernster Auffassung ihrer Aufgabe nicht an den bereiteten Beratungen vorübergehen, muß vielmehr mit Ihnen wünschen, daß sie gedeihen mögen zum Segen des Vaterlandes. (Beifall.)

Abg. Leopold (Dnat. Vp.): Durch das Schlagwort Sozialisierung darf man sich nicht blenden lassen, so hat selbst der sozialdemokratische Abg. Bernstein erklärt. Bei der vorliegenden Frage sollte aber die Politik sich vollkommen ausschalten. Die Drohung mit dem Streik kann uns nicht wankend machen in der Erkenntnis, daß diese Frage des Wirtschaftslebens nur nach ruhiger und klarer Ueberlegung behandelt und gelöst werden kann. Die Folgen der Sozialisierung wären Verarmung und Verelendung. Die sich erhoffende Besserung der Produktionsverhältnisse würde in ihr Gegenteil verkehrt werden. Eine Vollsozialisierung dieser Art kann weder eine Verbilligung der Kohle noch eine Förderung der Produktion bringen, ist daher alles andre, nur nicht sozial. Alle Stände müssen sich zu gemeinsamer Arbeit an dem Aufbau zusammenschließen. Der Gedanke der Einheit allein kann uns nur wieder hochbringen. Im übrigen wissen wir sehr wohl, daß die Arbeiterschaft durchaus nicht in ihrer Allgemeinheit hinter der Forderung der Sozialisierung steht. Von der Regierung erwarten wir, daß sie bei der Ausarbeitung des Gesetzes den jetzigen Menschen mit all seinen Fehlern zur Orientierung unserer Wirtschaft bewertet. Der Sachverständigenkommission aber muß Ruhe und Zeit bei ihren Beratungen gelassen werden, damit sie das Sozialisierungsproblem zur allseitigen Befriedigung lösen kann.

Abg. Curtius (D. Vp.): Wir billigen das Verfahren der Regierung. Es ist geradezu eine verfassungsmäßige Pflicht der Regierung, vor Einbringung eines solchen Gesetzes den Reichswirtschaftsrat zu befragen. Es gibt zwei Wege zur Sozialisierung, den der Wirtschaft und den der Politik. Der Weg der Politik ist gekennzeichnet durch den Generalstreik vom 20. März. Die Arbeiten der Sozialisierungskommission stehen ganz unter dem politischen Gesichtspunkt. Wir werden an allen Maßnahmen weiter mitwirken, die die Produktion fördern und unsre Volks- und die deutsche Gemeinwirtschaft wieder aufbauen. Wir wollen nicht, daß die Kohlenwirtschaft aus unserm einheitlichen Wirtschaftskörper herausgeschnitten wird.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.): Die Regierungserklärung scheint begründet. Wir erwarten, daß der bald kommende Gesetzentwurf die Interessen des ganzen Volkes berücksichtigt.

Abg. Henke (U. Soz. rechts): Die Wirtschaftspolitik der Unternehmer besteht darin, möglichst viel Profit einzuheimsen. Wir verlangen die Vollsozialisierung. Die Arbeiter müssen ihre berechtigten Forderungen erzwingen. Nicht aus Stimmungsgründen, sondern aus Stinnesrücksichten lehnt man die Sozialisierung ab.

Abg. Schiffer (Dem.) gibt folgende Erklärung ab: Die Deutsche Demokratische Partei hat von jeher vertreten, wie sie schon wiederholt betont und betätigt hat, den Standpunkt, daß es eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Gegenwart ist, der Allgemeinheit und der Arbeitnehmerschaft einen größeren Einfluß als bisher auf die Gestaltung und den Ertrag der Wirtschaft zu sichern, ohne auf die freiwillige Betätigung der Unternehmerpersönlichkeit zu verzichten. Sie erkennt an, daß die Lösung dieser Frage der Beschleunigung bedarf, um in unser Wirtschaftsleben Ruhe und Vertrauen und Arbeitsfreudigkeit einkehren zu lassen und dadurch die Volkswirtschaft ... die Produktion zu steigern. Es ist deshalb unerläßlich, in eine Prüfung der Wege einzutreten, die zu diesem Ziele führen können.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201122/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[P]rüfung muß im Hinblick auf die Tragweite der zu treffenden Entscheidung gründlich und eingehend sein. Ihr Ergebnis wird die Stellung der Fraktion gegenüber dem von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Gesetzentwurf bestimmen.

Abg. Koenen (U. Soz. links): Ich habe mich gewundert, daß der Rechtsunabhängige nichts über das Verhalten der Rechtssozialisten in dem März gesagt hat. (Heiterkeit.) Hat man sich bereits miteinander verständigt?

Abg. Janschek (Soz.): Als Einwendung gegen die „schlodderige Angst", die uns der Vorredner in der Sozialisierungsfrage vorwirft, muß ich sagen, daß es mit dem persönlichen Mute des Herrn Koenen garnicht so weit her ist. Als er nach dem Kapp-Putsch nach Halle reisen wollte, ließ er sich zur Sicherung seiner Person durch den Oberpräsidenten zwei Bescheinigungen ausstellen, und in Halle war er nicht einmal dazu zu bewegen, in seiner Wohnung abzusteigen, sondern er logierte sich in demselben Hotel ein, in welchem der Oberpräsident wohnte, um ja ganz sicher zu sein. (Anhaltende Heiterkeit.) Der Vorwurf, daß die frühere Regierung in ihrem 1½jährigen Wirken kein Sozialisierungsgesetz vorgelegt habe, ist vollkommen unberechtigt, denn die frühere Regierung, der auch meine Parteifreunde angehörten, hatte zunächst den Friedensschluß abzuwarten und dann wurde sie auch durch den Kapp-Putsch gestört. Der Herr Minister und die Rechte mögen nur aufmerksam gemacht sein, daß

die Geduld der Arbeiter in den Kohlenrevieren vollkommen erschöpft

ist und daß es uns kaum gelingen wird, sie davon zu überzeugen, daß es für die Sozialisierung einer planmäßigen Vorbereitung bedürfe. Herr Winnefeld wollte den Eindruck erwecken, als ob die Stimmung im Ruhrgebiet garnicht so gefährlich sei. Ich kann Ihnen sagen, daß die christlichen Gewerkvereine eine ganz scharfe Entschließung in unserm Sinne gefaßt haben und die Arbeiterschaft denkt, wie unsre Partei es dargelegt hat. Die Hirsch-Dunckerschen Vereine fordern die Vollsozialisierung sogar ohne Entschädigung der Bergwerksbesitzer. Das ist doch der Standpunkt der Unabhängigen. Die Bergwerksbesitzer behaupten, bei der heutigen geringen Produktion sogar noch zuzusetzen; das ist lächerlich, wir kennen ihre Profite. Die Arbeiter hegen gegen jeden Vorschlag, der von Stinnes kommt, das größte Mißtrauen. Gerade auf Stinnes Zechen ist am unheilvollsten gewirtschaftet worden. Man hat behauptet, daß durch die Sozialisierung keine Produktionssteigerung eintreten würde, sicherlich aber würde ein Rückschlag der Produktion eintreten, wenn die Sozialisierung nicht durchgeführt wird. Die Bergarbeiter arbeiten, um das Abkommen von Spa zu erfüllen, nicht für den Profit von Stinnes und Genossen. Wird die Forderung nach Sozialisierung nicht erfüllt, so wird sie von den Arbeitern mit allen Mitteln durchgesetzt werden. (Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Besprechung.

Abg. Winnefeld (D. Vp., persönlich): Ich habe an meinem Standpunkt in der Sozialisierungsfrage unverändert festgehalten. Löffler hat die christlichen Bergarbeiter schwer beschimpft.

Abg. Koenen (U. Soz., links, persönlich): Janschek hat versucht, die Debatte auf das Gebiet der persönlichen Anrempelung zu leiten. General Maercker und Oberpräsident Hörsing möchten mir bestätigen, daß ich in Halle keinen Passierschein brauchte und keinen bekam, andre Arbeiter brauchten einen wegen der Weißen Garde. Ich ging mit Hörsing in sein Hotel, um ihn von den Offizieren zu isolieren.

Abg. Hörsing (Soz., persönlich): Der Abgeordnete Koenen hat damals eine Legitimation von mir erbeten und erhalten. Er hatte nicht den Mut, allein in seine Wohnung zu gehen und bat mich, mit mir kommen zu dürfen. (Heiterkeit.)

Abg. Koenen (U. Soz., links, persönlich): Ich bin bei Hörsing geblieben, weil sonst die Verhandlungen nicht so gut ausgegangen wären, meine Mitwirkung ist nachher auch von Herrn Hörsing als sehr wertvoll bezeichnet worden. (Große Heiterkeit.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über Oberschlesien, Interpellation Müller (Soz.) über Kapitalverschiebung nach dem Auslande.

Schluß 2¼ Uhr.

Die Sozialisierungsdebatte

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Zweck der sozialdemokratischen Interpellation über die Sozialisierung des Bergbaues, die am Sonnabend im Reichstag zur Verhandlung kam, war es, zunächst einmal die Regierung wieder auf die brennende Dringlichkeit dieser Angelegenheit aufmerksam zu machen, dann aber auch das Terrain für die kommenden Kämpfe zu sondieren und insbesondere festzustellen, was von der Regierung sachlich zu erwarten ist. Die Interpellationsdebatte vom Sonnabend hatte also die Bedeutung eines Aufklärungsgefechtes, das dem Entscheidungskampf vorangeht.

Die Regierung hatte eine Vorlage auf Grund der Vorschläge der Sozialisierungskommission versprochen. Dieses Versprechen war reichlich unbestimmt, da es sich bekanntlich um zwei sehr weit von einander unterschiedene Vorschläge handelt. Der erste sieht die sofortige Ueberführung des privatkapitalistischen Eigentums im Bergbau in gemeinwirtschaftlichen Besitz vor, während der zweite eine allmähliche Ueberführung im Laufe von dreißig Jahren in Aussicht nimmt. Man erwartete, daß die Regierung den Versuch machen werde, irgendein Kompromiß zwischen diesen beiden Vorschlägen zu finden und richtete sich darauf ein, gegen jede Verwässerung des gemeinwirtschaftlichen Prinzips einen entschiedenen Kampf zu führen. Da kam die bekannte Wendung, die durch das Eingreifen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hervorgerufen wurde. Neben den beiden Vorschlägen der Sozialisierungskommission trat nun ein dritter auf, der mit Sozialisierung überhaupt nichts zu tun hat.

Dieses Spiel im Reichswirtschaftsrat hat bei den Bergarbeitern und allen, die sich mit ihnen solidarisch fühlen, eine starke Erregung ausgelöst. Von der Regierung mußte man eine Antwort erwarten, die wenigstens in negativer Beziehung klar war, die zu erkennen gab, daß sich die Regierung auf Täuschungs- und Ablenkungsmanöver nicht einlassen werde, sondern daß sie ehrlich bestrebt sei, den Grundgedanken der Sozialisierung, d. h. die ausbeutungsfreie Gemeinwirtschaft zunächst auf diesem beschränkten Gebiet zu verwirklichen. Der Redner der Sozialdemokratie und der Bergarbeiter, Genosse Löffler, hat von der Regierung in dieser Beziehung eine klare Antwort gefordert. Sie ist nicht gegeben worden, so daß man in diesem Falle wohl sagen kann: Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Die Erklärung des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz ist weiter nichts als eine Sammlung nichtssagender Redensarten. Herr Scholz hat nicht nur erkennen lassen, daß die Regierung in dieser Frage recht viel Zeit zu haben glaubt, sondern sie hat auch durch die Betonung, daß es sich um eine „rein wirtschaftliche Frage" handle, das Stichwort der Unternehmer und aller Befürworter der Stinnes-Verständigung aufgenommen. An sich ist es ja nur eine Selbstverständlichkeit, daß die Neuorganisation der Kohlenwirtschaft eine rein wirtschaftliche Frage ist, als etwas andres wird sie auch von der Sozialdemokratie und dem Bergarbeiter-Verband nicht betrachtet. In der Phraseologie des Unternehmertums wird aber die reine Wirtschaftlichkeit immer betont, um sie zu den sogenannten Machtansprüchen der Arbeiterschaft in Gegensatz zu bringen. Als ob die Unternehmer nicht sehr genau wüßten, daß alle wirtschaftlichen Fragen eben Fragen der Wirtschaftsmacht und dadurch die wichtigsten Machtfragen überhaupt sind!

In der folgenden Debatte bildeten sich nun die Kampffronten, so, daß auf die eine Seite die beiden Sozialdemokratischen Parteien zu stehen kamen, auf die andre Seite aber die Regierung und alle andern Parteien einschließlich der Deutschnationalen und der — Neukommunisten. Denn wenn diese die ganze Sozialisierung als einen bürgerlichen Schwindel hinstellen und mit der sozialistischen Reorganisation erst anfangen wollen, bis die proletarische Räteherrschaft nach ihrer Phantasie konstruiert ist, so helfen das selbst den Anfang auf den St.-Nimmerleinstag vertagen und unbewußt das Spiel der Kapitalisten spielen.

Wir dürfen uns also über die Schwierigkeit des Kampfes, der uns bevorsteht, nicht täuschen. Die Bürgerlichen sind einiger als die Arbeiter, da bei diesen auf der einen Seite die Christen zu schwanken beginnen, auf der andern Seite die Alt- und Neukommunisten und die Syndikalisten sich in allerhand Quertreibereien üben. Die Regierungsvorlage wird noch längere Zeit auf sich warten lassen, und ob sie dann überhaupt in unserm Sinne brauchbare Elemente enthalten wird, ist äußerst fraglich. Eine einigermaßen befriedigende Lösung kann nur dann erhofft werden, wenn es der Sozialdemokratischen Partei gelingt, durch Zuzug von rechts und links, eine positive Arbeitsmehrheit im Sinne einer wirklichen Sozialisierung herbeizuführen. Das Schwergewicht des kommenden Entscheidungskampfes liegt also bei der Sozialdemokratie und bei den Bergarbeitern, von denen man ja bald hören wird, wie ihnen die Behandlung ihrer Angelegenheit durch die bürgerlichen Parteien und die Regierung gefällt.

Camille Huysmans in Berlin

Berlin, 22. November. Am gestrigen Sonntag mittag sprach der Sekretär der Zweiten Internationale, der Belgier Camille Huysmans, vor den Funktionären der S.P.D. Groß-Berlins. Er sagte, daß es in seiner Heimat großen Skandal erregt habe, als er zum ersten Male nach dem Kriege während der Tagung in Basel 1919 vor deutschen Hörern gesprochen hatte. Heute, da er als erster Belgier in einer deutschen Volksversammlung auftrete, würde es kein Aufsehen mehr erregen, da in Belgien der Internationalismus wieder Boden gefaßt habe. Der Redner ging dann auf die föderalistisch aufgebaute zweite Internationale ein, streifte kurz die Entwicklung der sozialistischen Partei en und beklagte es, daß man bis zum Kriegsausbruch noch kein Mittel gefunden hatte, den Krieg zu verhindern. Vom Bolschewismus sagte er, daß dieser nur vom Kriege lebe. Deshalb müsse ihm der Friede aufgezwungen werden, weil er am Frieden sterben müsse. Wenn Lenin verschwinde, so bleibe nichts von der dritten Internationale übrig. Dann stünde die Türe für die verlorenen Söhne, die Bolschewisten, wieder offen. Mit einem Hoch auf die zweite Internationale wurde die Kundgebung geschlossen.

Deutschlands Tote in Frankreich

Paris, 22. November. Am Totensonntag legte der deutsche Botschafter Dr. Mayer am Denkmal für die auf dem Friedhof Bagneux in der Pariser Vorstadt Montrouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Dr. Mayer hielt dabei an die versammelten Mitglieder der deutschen Botschaft, der deutschen Friedensdelegation und der übrigen deutschen Kommissionen folgende Ansprache:

„Ueber eine Million deutsche Soldaten liegen auf französischem Boden begraben. Unermeßlich ist die Zahl der Mütter und Witwen, der Kinder und Geschwister der Gefallenen, die heute in der Heimat in ihren Gedanken und Gebeten an den Gräbern ihrer Lieben weilen. die ihnen gedenkt, das ganze deutsche Volk in Trauer und Ehrfurcht seiner für das Vaterland gefallenen Söhne. Zur Ehrung des Andenkens an alle die Treuen, die an der Front, in Hospitälern oder Gefangenschaft ihr Leben für ihr Vaterland hingaben und nun in französischer Erde ihr Heldengrab gefunden haben, lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch in Unglück und Not seine Helden und ihre Taten nie vergessen. Es neigt sich in unaussprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken, das ihm ein heiliges Vermächtnis bleiben wird immerdar."

Für die deutschen Mütter und Frauen legte Frau Botschafter Dr. Mayer einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation Gesandter von Mutius.

Christlichsoziale Regierung in Wien

Wien, 20. November. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde mit den Stimmen der Christlichsozialen und der Großdeutschen Vereinigung folgende christlichsoziale Regierung gewählt: Bundeskanzler und Aeußeres Dr. Mayr (bisheriger Leiter der Kabinettskanzlei und ehemaliger Universitätsprofessor in Innsbruck), Ministerium des Innern und Heerwesen Glanz, Unterricht Breisky, Finanzen Grimm, Ernährungswesen Grünberger, Verkehr Maltauf, Handel Heindl, Landwirtschaft Haueis, soziale Verwaltung Resch.

Völkerbundstruppen für Wilna?

Genf, 23. November. Der litauische Geschäftsträger in Paris, Milosch, der gegenwärtig in Genf weilt, hat den Völkerbundpräsidenten Hymans eine Note übermittelt, nach der die litauische Armee Gefangene gemacht hat, die der Armee Zeligowskis angehören. Aus der Art der Zusammensetzung dieser Gefangenen geht zweifellos hervor, daß die Armee Zeligowskis zur Zeit aus 15 regulären polnischen Divisionen besteht. Da Zeligowski anfänglich nur über zwei Divisionen verfügte, ist für die litauische Regierung in dieser Feststellung erwiesen, daß die Polen Zeligowski in unlauterer Weise Hilfe leisteten. Die litauische Regierung ersucht den Völkerbund, auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundsatzungen einzugreifen. Tatsächlich verlautet, daß der Völkerbund den litauisch-polnischen Konflikt benutzen will, um seine Autorität geltend zu machen. Die Absendung eines internationalen Truppenkontingents nach Wilna gilt als wahrscheinlich.

•

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich gestern mit der Organisation der Volksabstimmung in dem zwischen Polen und Litauen strittigen Gebiete. Die Ehrlichkeit dieser Abstimmung soll gesichert werden durch ein internationales militärisches Truppenkontingent, für das bereits Belgien, Spanien, Frankreich und Großbritannien ihre Mitwirkung zugesagt haben.

Einer Reutermeldung aus Madrid zufolge, hat die Sozialistische Partei Spaniens gegen die Entsendung von Truppen nach Litauen Einspruch erhoben.

Das Frauenwahlrecht in Italien

Rom, 21. November. Die Kammer hat gestern mit 240 gegen 10 Stimmen einen Zusatzantrag zum Gemeindewahlgesetz angenommen, nach dem den Frauen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird wie den Männern. Ein Antrag zugunsten der Wahlpflicht wurde mit 144 gegen 78 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag zugunsten des Wahlrechts der Unteroffiziere und Soldaten.

Organisation Watter

Der Kappist als Geheimbündler

Karlsruhe, 20. November. Das Staatsministerium gibt folgendes bekannt: Am 18. November hat im Tiergartenrestaurant in Karlsruhe eine vertrauliche Versammlung getagt, in der Generalleutnant von Watter über die Gründung einer Organisation gesprochen hat, deren Bildung durch private Personen die Teilnehmer in Konflikt mit den Strafgesetzen bringen kann. Wir warnen vor jeglicher Teilnahme an solchen Versuchen durch persönlichen Beitritt oder durch Hingabe von Geld, da schon vorbereitende Handlungen zu einem derartigen Unternehmen strafbar sind. (Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920.) Außerdem sind solche Unternehmungen unvereinbar mit dem Entwaffnungsgesetz. Für die Sicherheit der Bevölkerung sorgt die Regierung selbst.

Die Germania, das Berliner Zentrumsblatt, versichert, daß ernste Kreise auch außerhalb der Sozialdemokratie sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß der Kapp-Putsch zwar tot ist, der Kapp-Geist aber weiterlebt und systematisch zum Schaden des Wiederaufbaues Deutschlands weiter gezüchtet wird. Anlaß zu dieser Feststellung gibt dem Zentrumsblatt eine lästige Bemerkung des Berliner Lokal-Anzeigers über den Reichskanzler Fehrenbach, die von dem früheren Pressechef von Kapp herrührt. Wir können der Germania nur beipflichten, daß der Kapp-Geist weiterlebt und zum Schaden von Reich und Volk wirkt. Aber der Chef der Orgesch, Forstrat Escherich, ist ein hervorragender Zentrumsmann. Wenn das Zentrum den Kapp-Geist bekämpfen will, muß es damit bei sich beginnen.

Deutsches Reich

Die belästigte Ententekommission

In Cuxhaven kam es zu einem Zwischenfall zwischen Mannschaften der Kaserne und Mitgliedern der Cuxhavener Ententekommission. Bei der Feststellung von Waffenbeständen in den Kasernen bestand die Kommission darauf, auch in den Kammern der Mannschaften nach Handwaffen zu suchen. Die dadurch gereizte Mannschaft ließ sich zu Belästigungen der Ententemitglieder hinreißen. Auch der Kraftwagen der Kommission wurde beschädigt. Die in Begleitung der Kommission befindlichen deutschen Reichswehroffiziere suchen nach Möglichkeit die deutsche Mannschaft zu beruhigen, konnten jedoch nicht alle Ausschreitungen verhindern.

Der Widerstand gegen die Getreideablieferung

Berlin, 20. November. Wie der Lokalanzeiger aus Frankfurt a. M. meldet, mußte in Durlossen bei Offenburg eine Kompanie Schutzpolizei zwangsweise Getreide entnehmen, weil die Landwirte trotz wiederholten Aufforderungen freiwillig nichts abgeliefert hatten. Es kam zu Angriffen auf die Mannschaften. Endlich konnte durch das Einschreiten der gesamten aufgebotenen Mannschaften das Getreide verladen werden.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat beschlossen, das Plenum zu ersuchen, einen Ausschuß einzusetzen, der eine nach großen Gesichtspunkten geordnete Wasserwirtschaft des Reiches und ein einheitliches Wasserrecht vorbereiten soll, ferner dem Reichspostministerium vorzuschlagen, Ansichtskarten gleich den Glückwunschkarten zu Feiertagen als Drucksachen zu befördern, sowie das Reichswirtschaftsministerium zu ersuchen, schon im Ergänzungsetat für 1920 für die Mustermesse in Leipzig den Gesamtzuschuß von 20 Millionen einzusetzen, endlich die Beibehaltung eines Ausfuhrkontingents von 1½ Millionen Kilogramm Baumwollwaren für ein Vierteljahr zu empfehlen.

Allgemeiner deutscher Krankenkassentag. Am 2. Dezember findet in Berlin, Lehrervereinshaus ein von sämtlichen Krankenkassenverbänden einberufener allgemeiner deutscher Krankenkassentag statt. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildet die Frage der Verwendung des ärztlichen Dienstes in der Krankenversicherung. Die Tagung wird durch Vertreter sämtlicher deutschen Krankenkassen beschickt, so daß hinter der Tagung 15 000 Krankenkassen mit 18 Millionen Versicherten stehen werden. Außerdem werden Regierungsvertreter, Mitglieder der Fraktionen des Reichstags und der Preußischen Landesversammlung sowie Vertreter der Spitzenorganisationen der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten vertreten sein. Der Kongreß wird eine bedeutungsvolle Kundgebung für eine der wichtigsten Fragen der Volksgesundheitspflege darstellen.

Ortskrankenkassentag 1920 in Kassel. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, dem 1400 Ortskrankenkassen mit acht Millionen Mitgliedern angeschlossen sind und der die bedeutendste Organisation der Sozialversicherungsträger darstellt, hält seine diesjährige Tagung am 29. und 30. November in Kassel ab. Die reichhaltige Tagesordnung wird Gelegenheit geben, alle wichtigen sozialpolitischen Fragen, insbesondere der sozialen Fürsorge und der Sozialversicherung, aufzurollen. Im Mittelpunkte der Tagung werden die Arztfrage, die Neuorganisation der Kranken- und Arbeitslosenversicherung stehen.

Der frühere Unabhängige Landwirtschaftsminister Hofer ist, dem Beispiel von Ströbel, Dittmann und vielen andern folgend, zur alten Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt.

Letzte lokale Nachrichten

Fabrikunfall. In dem Grundstück Grüne Straße 10 waren heute vormittag nach 10 Uhr ein 19jähriger Arbeiter und ein 15jähriges Mädchen durch ausströmendes Leuchtgas bewußtlos geworden. Durch umgefallene Gegenstände war unbemerkt ein Gashahn aufgedreht worden. Beide Personen konnten nach 25 Minuten Wiederbelebungsversuchen gerettet werden, worauf die Ueberführung beider nach dem Friedrichstädter Krankenhaus erfolgte.

Dresdner Polizeibericht

Gestohlen wurden in der Nacht zum 21. November aus der Zweigstelle des Konsumvereins Vorwärts, Kesselsdorfer Straße, 40 bis 50 Paar Militärstiefel (halbschäftige), ferner aus einem Pferdestall in der Fröbelstraße zwei Pferdedecken von schwarzem Leder mit grauem Futter, zwei Pferdedecken von rot- und weißgestreiftem Leinen mit blauen Schwanzriemen, sowie ein Kutscherpelz aus schwarzem Schafsfell mit schwarzem Ueberzug und zwei Joppen von grauem und dunkelbraunem Tuch mit grünem Vorstoß. — Gestohlen wurden ferner am Freitag den 19. oder Sonnabend den 20. November mittels Einbruchs aus dem ein-gezäunten, verschlossenen gedeckten Eisenbahnwagen Nr. 33 an der Könneritzstraße 72 Zentner Zwiebeln im Werte von 6200 M. Zum Fortschaffen der Zwiebeln, die in Papiersäcken verpackt waren, ist offenbar ein Pferdefuhrwerk oder Lastauto verwendet worden. — Aus dem Kontor des Vereins für Armenpflege und Bettelei, Elbgäßchen 8, sind mittels Einbruchs am 20. November ein grautuchiger Ulster, ein schwarzer Gehrock, 400 M. Bargeld sowie eine Eisenbahnabonnementskarte der Strecke Dresden—Heidenau mit dem Namen G. Reuther gestohlen worden.

1000 M. Belohnung. Gestohlen wurde in der Nacht vom 12. zum 13. November in Glashütte ein Motorfahrrad „Wanderer" II, 6303, Fabriknummer 200 539, Motornummer 2 003 750.

Raubüberfall. Sonnabend den 20. November, gegen 10 Uhr nachts, ist ein in der Sternstraße wohnender Mann beim Oeffnen der Haustür von einem in der Haustür befindlichen Unbekannten überfallen und seiner bei sich geführten Glanzledertasche beraubt worden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201122/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das Leihamt der Stadt Dresden

gewährt Darlehen ohne weitere Spesen auf Juwelen, Wertpapiere sowie sonstige Gegenstände ... Die Hauptstelle in Neustadt — Hauptstraße 1 — ist Dienstags und Donnerstags von 8–2 Uhr und Sonnabends von 8–1 Uhr, und die Zweigstelle in Altstadt — Marienstraße 17 — Montags, Mittwochs und Freitags von 8 bis 2 Uhr geöffnet.

Allg. Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt

Montag den 29. November, abends 7 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses

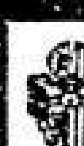
Ordentl. Ausschußsitzung.

Tagesordnung: 1. Feststellung des Voranschlages für 1921. 2. Wahl des Rechnungsausschusses. 3. Satzungsänderungen. 4. Verschiedenes.
Wilsdruff, den 22. November 1920.
Paul Germann, Vorsitzender

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes, Bruders, Neffen und Enkels

Paul Rothe

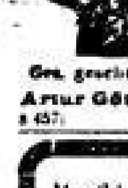
sagen wir hierdurch allen für die erwiesene Teilnahme den herzlichsten Dank.
Familie Rothe
Döhlen b. Dr., Dohlaer Str. 31.



Städtisches Bestattungs-Amt
Stadthaus Annenstr., Am See 2
Fernrufe Nr. 14385, 17339, 20082.
Beerdigungen u. Feuerbestattungen
in jeder Ausführung. Anschläge kostenlos. Annahme von Einzahlungen. Sofortige Bestellung der Bezirksbeerdigungsbürgin. Die Rechnungen werden amtlich geprüft und abgestempelt.

Tüchtige, selbständig arbeitende
Werkzeugschlosser auf Schnitte und Säge,
1 Modelltischler für Kleinmaschinen-Modelle,
2 Kamera-Tischler auf Atelier-Kameras
sofort gesucht.
Ernemann-Werke, A.-G.
Dresden, Schandauer Straße 48.

Geübte Zigaretten-Packerinnen
zu sofortigem Antritt gesucht.
Zigarettenfabrik Malzmann, Reitbahnstraße 29/31



Sellerts Bananen-Mehl **schafft Kraft** für Kinder, Kranke und Blutarme.
Garantiert reines Naturprodukt.
Nur erhältlich in gelben Paketen mit der Negerin in den einschlägigen Geschäften.
Ges. geschützt. Generalvertretung f. Ostsachsen
Artur Götze, Dresden-A., Schäferstr. 91.
Tel. 10 184

Musikhaus **Oscar Victor**
Dresden-A., Wallstr. 21
Telephon 19248
Grammophone / Neueste Schallplatten
Gramolas / Neueste Tanz-Aufnahmen
Künstlerplatten / Marek-Weber-Aufnahmen
Polyphon-Musikwerke / Christbaumständer mit Musik (drehbarer Baum)

Lauten, Gitarren, Mandolinen, Violinen, Zithern, Mund- und Ziehharmonikas
anerkannt größte Auswahl
Saiten-Magazin / Eig. Reparaturwerkstatt

Möbel aller Art in echt u. gemalt, in solid., geschmackvoll., neuzeitlicher Ausführ. bei. billigst Hildebrandt in Wilsdruff, Eigene Tapeziererwerkstatt.

Spülapparate
Spritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Curol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.
Frau Heusinger, Am See 37.

Uhren & Goldwaren
Joh. **Kneisel** & Co.
Dresden, Pillnitzer Str. 16
langjähriger Mitarbeiter d. Firma Gustav Sitte
Einkauf von altem Gold, Silber, Platin, Brillanten zu höchsten Preisen für eignen Bedarf.

Heinzelmännchen Kochkisten
kochen, braten, backen, selbsttätig, sehr sparsam. Preise herabgesetzt.
Otto Drachen, Trompeterstraße 15

Wolle Münch Galeriestr. 9

Geigen, Lauten, Gitarren u. a. Musikinstrumente werden billig und sachgemäß repariert Polierstraße 10.

Rauchtabak nur Qualitätsware, garantiert rein, a Pfund 18.50, laufend abzugeben. Emil Gaske, Lindenaustr.

Die Ortsgruppe Dresden d. R. d. B.
veranstaltet anläßlich ihres zweijährigen Bestehens Sonnabend den 27. November, nachm. 4 Uhr, ein
Festkonzert mit anschließ. Ball.
Sonntag, 28. November, vorm. 11 Uhr
Volks-Versammlung.
Generalsekretär Gärtner spricht über das Thema: Der Soldat im neuen Deutschland. — Beide Veranstaltungen finden im Vereinshaus, Zinzendorfstraße, statt. — Eintrittskarten sind an der Abendkasse erhältlich.

Hansa-Theater
Arsene Lupin, 4 Teil. 5 Akte.
Der Einbruch in die Pariser Bank.
Der Spielteufel. Drama in 4 Akten.
im Marionetten-Theater: Der Fiedelfürst vom Berge od. die Windbergersgeister. Sächs. Volkssage in 4 Akten.

Körper und Nerven
stärken Sie durch den **regelmäßigen** Gebrauch von
Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung
Urkraft
Ärztlich empfohlen. Zu haben in Schachteln zu 5 und 10 Mark in Apotheken, Drogerien, wo nicht, wende man sich an Trocknungswerke Oetker & Co. GmbH Bielefeld.

Genossen
verkehrt nur in den Lokalen, in denen die
Dresdner Volkszeitung
ausliegt!

Stadt Pirna
Pirnaische Strasse 3
Fremdenzimmer
Gemütliche Trinkstube

Mutter-Spritzen usw. Spülkannen empfiehlt nur Versandhaus „Diskret" Freiberger Pl. 8 Damenbedienung.

Geigen, Lauten, Gitarren billig verk. Tittmann Str. 14, 2 r.

Ärztlich empfohlen **Dentino**

das Zahnungsmittel für Kinder
Verhütet die Schmerzen u. alle mit dem Zahnen verbundenen Krankheiten.
Äußerlich anzuwenden!
Flasche 8 M.
Schöbelwerke Dresden 16.

Ball-Anzeiger
für Montag den 22. November

Carolasäle	Gerokstraße 27. Montags 6, Sonntags 4 Uhr. Straßenbahnlinien 1 und 3.
Deutsche Reichskrone	Festsaal. Königsbrück. Str. Straßenbahn 3, 7 und 13.
Schusterhaus	Hamburger Straße 65. Montag 6 Uhr. Gr. Gesellschaftsball. Sehenswerte Dekoration.
Stadt Leipzig	Vornehmer Tanz-Palast. Linien 19 und 15. Fledermaus-Bar. Marschner-Orchester.

Dienstag den 23. November

Gasthof Pieschen	Torgauer Str. 38. Straßenbahnlinien 10, 15. jetzt Die.-Stags, 6 Uhr
Goldnes Lamm	Trachau. Leipziger Straße 220. Straßenbahnlinien 10 u. 15. Künstlerkapelle Parsch.
Musenhalle	Kesselsdorfer Str. 17. Künstlerkapelle Tietze. Neueste Tänze.

Annensäle, Fischhofplatz 10
Heute Montag der soviel beliebte feine
5½ Uhr **Damen-Ball** 5½ Uhr
Musik phänomenal.
Versäume niemand!

Paradiesgarten
Dr.-Zacherplatz :: Endstat. Linie 5
Heute Montag 6 Uhr
Grosse Ballschau
2 Kapellen Wandow- und Helbigkapelle

Montag, 6 Uhr: **Vornehmer Ball.**
Doppelkapelle, Dir. G. Schönberg.
Nur Eintritt! — Tanz frei!
Telephon. Tischbestellungen an 20802 u. 21659.
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Lichtspiele.
Straßenbahnlinien 7, 13, 2
Drei-Kaiser-Hof

Reichshallen Palmstr. 13 nahe Postplatz
Heute Montag. Anfang 6½ Uhr
Gr. öffentl. Herren- und Damenball.
Reingewinn für die Unterstützungskasse d. Deutsch. Musikerverbandes. Eintritt m. St. 1 M. Tourentanz.

Eilt! Bis Donnerstag Zeitungspapier 1.80, Bücher 1.—, Zeitschriften 1.20 M. per Kilogramm, außerdem kaufe ich Pfandscheine der volle Wert. Einkauf nur Rosenstr. 17.

Vaterland Licht-Spiele
Freiberger Platz 20.
Nur vom 23. bis 29. November:
Die neue Sensation!
Der Brunnen des Wahnsinns
Original indisches Monumental-Prachtwerk. 5 gr. Akte.
Ein Drama von äußerst packender Wirkung, herrliche Originalaufnahmen. Massenszenen! 5000 Mitwirkende!
Der heiße Odem orientalischer Leidenschaft weht durch diesen Film, glutrote Liebe rauscht aus dem Born dieses geheimnisvollen Brunnens. Spannung von Akt zu Akt.
Dazu ein herrliches Beiprogramm.
Verstärktes Orchester. Dir.: F. Wagner.
Täglich 5½, 7½ und 9½. Sonntags ab 3 Uhr.
Man muß das Programm gesehen haben!

Bezugsstelle mit Rabatt: u. Federsalz und bei Löbtau, Schillerplatz ...

Rum, Arrak, Weinbrand, Kognak, Nordhäuser
C. Spielhagen, Annenstraße, Bautzner Straße

Brillanten
(lose und gefaßt)
Perlen, Smaragde, Perlschnüre, ganzen Familienschmuck sowie Pfandscheine hierüber kauft zum höchsten Tagespreis unter strengster Diskretion täglich von 9—4 Uhr
(auf Wunsch komme auch ins Haus)
M. Genath, Taxator, Trompeterstr. 9, I. Etage
Telephon 19471
Nur 1 Minute von der Prager Straße.

Nachdem „Judex", der Film-Roman mit beispielloser Spannung, viele Wochen über die weisse Wand des M.-S.-Lichtspielhauses gerollt ist, wird nunmehr das noch grössere Werk der Judex-Gesellschaft
Die Vampire
(Der Schrecken der Detektive!)
der gewaltigste und spannendste Grossfilm-Roman in
31 Akten
10 Episoden, von 6 Wochen Spieldauer, am 23. November 1920 mit dem I. Teil: **„Der Kopf des Opfers"** seine Uraufführung für Dresden eröffnen.

Episoden:

1. Der Kopf des Opfers
2. Der Todesring
3. Die rote Geheimschrift
4. Das Gespenst
5. Die Flucht des Toten
6. Faszinierende Augen
7. Satanas
8. Der Herr der Blitze
9. Der Giftmensch
10. Gestörte Hochzeit

Wer „Judex" sah, wird dieses neue, noch viel bedeutendere Werk sicher nicht versäumen. Aber auch alle andren werden mit höchstem Interesse und fieberhafter Spannung diesem Werke von Fortsetzung zu Fortsetzung folgen, in welchem sich der ewige Kampf um die Niederringung des internationalen Hochstaplertums abspielt.

M. S. Lichtspiele
10 Moritzstraße 10
Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 5½ Uhr.

Erfolgreiche Hauskuren
für Gesunde und Kranke ermöglicht der Besitz von
Wohlmuths elektro-galvanischem Apparat.
Tausende von Familien und Einzelmenschen verdanken ihm die Heilung von Gicht, Ischias. Aber auch für Nervenerkrankungen, vor allem Besserung des allgemeinen Gesundheitszustandes, ist er vielfach erprobt. Sie müssen unsere Ausstellung besuchen oder wenigstens kostenlose Zusendung aufklärender Druckschriften V verlangen von
O. Wohlmuth & Co., A.-G., Dresden-A., Bürgerwiese 23
(Haus Diana-Park).
Nehmen Sie Probesitzungen, die in unserm Behandlungszimmer durch Krankenschwester vorgenommen werden.

Ziehung 10. bis 14. Dezbr.
Geld-Lotterie des Wohltätigkeitsvereins **Sächs. Fechtschule**
Hauptvertrieb: Alexander Hessel Dresden, Weißeritzstr.
Höchstgewinne im günstigsten Fall:
75000, Prämie: 50000, 25000, 10000, 5000
Lose à Mk. 3.60 (Porto und Liste Mk. 1.—).
Verkaufsstellen bei den Staatslotterie-Einnehmern und der Sächs. Fechtschule.

Annähfüße
Damenstrümpfe
Herrensocken
Richter Rosenstr., Ecke Ammonstr.

Nähmaschine, sehr gut erh., z. näh., verkauft ... Göpel, Gambrinusstr. 16.

Unterbett, von Polstern ... (50—75 M.), auch auswärts. Richter, Wintergartenstr.

Puppenwagen
Kinderwagen, Kindertische, Kinderstühle, Kinderbetten, Stubenwagen, Leiterwagen, Holländer, Faulenzer, Kinder- u. Puppenwagen
Ermäßigte Preise
Reparaturen u. Gummi
Gebr. Eichhorn Trompeterstraße

Alte **Grammophon-Platten** zahle pro Stück 10 M.
Noack

Die Kartoffelnot

Von R. Lüttich, Direktor im Landespreisamt

II.

Bei den führenden Kreisen in der Landwirtschaft kann ein solches Verhalten bis zu einem gewissen Grade verstanden. Sie sind wenig erfreut über das Vorgehen des Landespreisamts, noch weniger darüber, daß diesem Vorgehen der Erfolg nicht versagt geblieben ist. Ueberall, wo verhandelt wurde, sind die Preise für die Nichtvertragskartoffeln gesenkt worden, teils sehr wesentlich, teils für die Gemeinheit, teils für Minderbemittelte und für die übrige Bevölkerung getrennt. Statt 31,75 M. und mehr ist durch Verhandlungen der Preis in der ganzen Kreishauptmannschaft Bautzen auf 22,50 M.; in den Amtshauptmannschaften des Dresdner Kreises auf 15 M., 18 M., 20 M., 22 M. und in einigen wenigen Fällen auch auf 25 M. festgesetzt worden. In Ostsachsen, wo meist in kleineren Bezirken verhandelt worden ist, sind ähnliche Ergebnisse erzielt worden. In rein ländlichen Bezirken ist man bis auf 18 und 20 M. herabgegangen, aber selbst die Großstadt Leipzig hat es fertig gebracht, einen Preis von 20 bzw. 25 M. zu vereinbaren. Nicht ganz so günstig sind die Ergebnisse in den Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau ausgefallen, was möglicherweise mit den Produktionsverhältnissen der Gebirgsgegenden zusammenhängt. Aber auch hier kam man sich, zum Teil für ganze Amtshauptmannschaften, auf Preise bis zu 22,50 M. herunter geeinigt.

Soweit ist der Erfolg unbestritten. Aber es ist noch kein endgültiger Erfolg. Die Vertragstreue, auf deren Wahrung das Reichsministerium so hohen Wert legt, scheint bei einem großen Teil der Landwirte weniger Bedeutung zu haben. Aus allen Teilen des Landes kommt die Klage, daß die Landwirte zu den vereinbarten Preisen keine oder nur ungenügende Mengen Kartoffeln liefern. Man scheint in den Kreisen der Landwirte zu glauben, durch bloße Verhandlungen und Zusagen das drohende Gewitter abgewendet zu haben, ohne die Zusagen auch halten zu müssen. Die Landwirtschaft täte gut, wenn sie sich in dieser Beziehung keiner Täuschung hingeben würde.

Die Landwirte begründen ihre Weigerung meist damit, daß sie durch die Erfüllung der mit dem Reich abgeschlossenen Verträge nicht in der Lage seien, darüber hinaus größere Kartoffelmengen abzugeben. Diese Begründung ist falsch. Die Vertragskartoffelmenge beläuft sich in Sachsen auf rund vier Millionen Zentner. Im Vorjahre hat aber die sächsische Landwirtschaft, nach Abzug ihres eigenen Bedarfs, noch zwölf Millionen Zentner der allgemeinen Versorgung zugeführt. Es scheint somit die Vermutung nicht ganz unberechtigt, daß Kartoffeln zurückgehalten werden, in der Annahme, später höhere Preise zu erzielen, vielleicht auch, um den eigenen Bedarf übermäßig zu steigern. Daß z. B. die hohen Fleischpreise einen Anreiz bilden, um große Mengen von Kartoffeln als Viehfutter zu verwenden, wird selbst von der Landwirtschaft zugegeben. Zunächst ist man hierbei freilich nur auf Vermutungen angewiesen, denn die freie Wirtschaft gestattet nicht, regierungsseitig Zwangsfeststellungen vorzunehmen, wie das unter der Zwangswirtschaft möglich war. Trotzdem sollten die Landwirte nicht glauben, daß sie jeder Kontrolle enthoben seien. Noch besteht die Reichsverordnung über die Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917, deren Anwendung dem Landespreisamt ausdrücklich übertragen worden ist. Nach dieser Verordnung sind zur Auskunft verpflichtet: 1. Personen, die Gegenstände, über die Auskunft verlangt wird, in Gewahrsam haben oder gehabt haben oder auf Lieferung solcher Gegenstände Anspruch haben; 2. landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmer. Wer vorsätzlich die Auskunft verweigert oder unrichtige Angaben macht, kann mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Strafe bis zu 10 000 M. bestraft werden. Verschwiegene Vorräte können als dem Staat verfallen erklärt werden.

Wenn schon in den ländlichen Bezirken Klagen über ungenügende Kartoffellieferungen laut werden, so ist es zu verstehen, wenn einzelne Städte um so lauter über Kartoffelmangel klagen. Falsch ist es aber, hierfür die Maßnahmen des Landespreisamts verantwortlich zu machen. Soweit die Städte auf gewisse Ueberschußbezirke innerhalb Sachsens angewiesen sind, hätte man allerdings erwarten sollen, daß ihre Preisprüfungsstellen sich in die Verhandlungen, die in solchen Bezirken mit den Landwirten geführt worden sind, hineingedrängt hätten, um auch für sich Preise und Lieferungsmengen zu sichern. Das ist leider nicht geschehen. Aber die Städte sind auch in früheren Jahren weniger auf die sächsischen Kartoffeln als vielmehr auf die Lieferungen außersächsischer Kartoffeln angewiesen gewesen. Sachsen muß zur Versorgung seiner Bevölkerung sieben Millionen Zentner Kartoffeln von auswärts zuführen, und diese Menge dürfte wohl im wesentlichsten für die Städte berechnet sein. Jedenfalls scheint es nicht verbilligend zu wirken, wenn man die sächsischen Kartoffeln in die Städte und dafür die außersächsischen wieder den Landgemeinden zuführen sollte, so wenig wie man es gutheißen könnte, die in Sachsen vom Reich angekauften Kartoffeln erst aus Sachsen aus- und dafür solche etwa aus Ostpreußen oder Pommern wieder einzuführen. Das würde zum mindesten eine ganz unnötige und unzweckmäßige Verteuerung durch Frachten hervorrufen. Leider ist es nicht überall gelungen, auch eine wesentliche Verbilligung der außersächsischen Kartoffeln herbeizuführen, wenn gerade in den als Lieferungsgebiete in Frage kommenden preußischen Gegenden, in denen das Großagrariertum in seiner alten Gewaltherrschaft fortbesteht, fehlt es an geeigneten Preisbehörden und überall, wo man zum Zwecke der Verhandlungen Verbindungen anzustreben sucht, greift man fort ins Leere. Unter solchen Umständen wird allerdings damit zu rechnen sein, daß in den Städten, die auf außersächsische Zufuhren angewiesen sind, wesentlich höhere Kartoffelpreise gelten werden, als dort, wo für die sächsischen Kartoffeln der Preis herabgesetzt werden konnte. Indes bleibt auch hier die Möglichkeit, durch den Bezug von Kartoffeln zu verschiedenen Preisen einen gewissen Mittelpreis herzustellen, der immer noch niedriger sein dürfte, als der vom Reich festgesetzte Vertragspreis.

Die Auffassung, daß außersächsische Kartoffeln zu höheren als den im Lande vereinbarten Preisen nicht hereingenommen werden können, ist durchaus irrig. Die Preisbehörden haben in solchen Fällen nur dann einzuschreiten, wenn unter Verücksichtigung der wirklichen Gestehungskosten ein übermäßiger Gewinn erzielt wird. Aber es trägt auch noch eine Reihe andrer, aus der Aufhebung der Zwangswirtschaft sich ergebender Umstände zur Erschwerung der Kartoffelversorgung bei. So unter anderm die Tatsachen, daß der Landwirt nicht mehr auf eine bestimmte Lieferungsmenge von vornherein festgelegt werden kann, und daß angesichts der geforderten Preise und unsrer schwierigen Geldverhältnisse an den Großhandel Anforderungen gestellt werden, denen er nicht immer gewachsen ist, wozu noch die Angst vor drohenden Verlusten bei etwaigen willkürlichen und gesetzwidrigen Eingriffen beim Transport kommt.

Diese Dinge sind es aber wohl auch weniger, die gewisse Städte zu den an sich unberechtigten Klagen gegen die Maßnahmen des Landespreisamts veranlassen, als vielmehr die Tatsache, daß ihnen aus sächsischen Ueberschußbezirken durch willkürliche Zurückhaltung oder gar durch Ausfuhrverbote Kartoffeln vorenthalten werden. Ein solches Verhalten ist auf keinen Fall zu billigen und läßt sich nur mit der engherzigen Auffassung begründen: erst komme ich, was aus den andern wird, ist mir gleichgültig. Es hat sich überhaupt so eine Art Verbraucheregoismus bemerkbar gemacht, der nicht nur in der Kartoffelfrage, sondern weit darüber hinaus eine große Gefahr zu werden droht. Der Kampf gegen die hohen Preise ist ein Kampf der gesamten Verbraucherschaft. Es geht nicht an, daß das Verbraucherinteresse an der jeweiligen Gemeindegrenze Halt macht. Deshalb ist es auch ganz unverständlich, daß diejenigen, die unberechtigt Waren zurückhalten, nicht so weit denken können, daß anderwärts Verbraucher wohnen, die ebenso, vielleicht noch viel schlimmer unter der Not leiden. Es ist nicht die Aufgabe des Landespreisamts über die Preisfrage hinaus sich in die Versorgungsregelung einzumischen und deshalb sind die gegen seine Maßnahmen erhobenen Vorwürfe unberechtigt.

Aber es sollte in so wichtigen und selbstverständlichen Dingen überhaupt nicht der amtlichen Einmischung bedürfen, sondern hier sollte ausschließlich ein wenig Vernunft den richtigen Weg zeigen. Preisbeeinflussung und Preisabbau ohne eine geschlossene Verbraucherschaft in Stadt und Land ist ein Unding. Jede Zerrissenheit und Verfahrenheit unter den Verbrauchern, stärkt die Willkür der Erzeuger und ebnet der Preistreiberei die Bahn. Deshalb weniger Egoismus, mehr Klarheit und Vernunft, mehr Verbrauchersolidarität. Dann wird auch manches besser gehen, wie es bisher gegangen ist.

Sächsische Angelegenheiten

Amtliche Wahlergebnisse

Das amtliche Ergebnis der Landtagswahl im Wahlkreis Leipzig wurde am Sonnabend mittag in Leipzig in einer Sitzung der Wahlprüfungskommission vom Wahlkreisleiter Geheimrat Frhrn v. Ocr bekanntgegeben. Danach betrug die Zahl der Wahlberechtigten 775 531 und die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 575 135, die sich wie folgt verteilen (wir stellen das am Dienstag mitgeteilte vorläufige Ergebnis in Klammern hinter die richtigen Zahlen):

1. Zentrum	2 709	(2 735)
2. U. Soz. (Lipinski)	149 053	(149 025)
3. Dnat. Vp.	119 823	(119 790)
4. D. Vp.	110 818	(110 917)
5. Demokraten	56 000	(55 700)
6. U. Soz. (Geyer)	43 378	(43 414)
7. Mehrheitssozialisten	69 193	(68 670)
8. Kommunisten	24 166	(24 101)

197 806 Wahlberechtigte haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt.

Ebenfalls am Sonnabend in Chemnitz hielt der Kreiswahlausschuß des 3. Landtagswahlkreises unter dem Vorsitz des Wahlkommissars Stadtrats Dr. Härtwig, Chemnitz, eine öffentliche Sitzung ab, in der das endgültige Ergebnis der Landtagswahl im Wahlkreis Chemnitz festgestellt und wie folgt bekanntgegeben wurde:

Abgegeben wurden im Kreise im ganzen 731 785 gültige Stimmen, die sich folgendermaßen verteilen:

1. Demokraten	46 637	(46 746)
2. Dnat. Vp.	138 294	(138 888)
3. D. Vp.	133 526	(133 526)
4. Zentrum	2 458	(2 496)
5. Mehrheitssozialisten	266 638	(266 623)
6. Kommunisten	78 369	(78 330)
7. U. Soz.	65 863	(65 895)

Die Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses für ganz Sachsen soll am kommenden Donnerstag erfolgen. Am Sonnabend wurde bereits eine Sitzung der Kreiswahlkommissare und des Landeswahlkommissars abgehalten, in der aber nur die Streitfragen bezüglich der Gültigkeit einzelner Wahlergebnisse und Wahlstimmen erörtert und entschieden wurden.

Einberufung des Landtages

Das Gesamtministerium hat auf Grund von Artikel 6 der neuen Verfassung beschlossen, den Landtag für Dienstag den 7. Dezember 1920 einzuberufen.

Das Reichsgericht zum Religionsunterricht

Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat das Reichsgericht in dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen entschieden, daß die Bestimmung des sächsischen Uebergangsschulgesetzes vom 22. Juli 1920, wonach vom 1. April 1921 an in den Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Das Reichsgericht stützt diese Entscheidung auf die Vorschrift des Artikels 149 der Reichsverfassung, nach der der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ist. Volksschulen seien nach Artikel 146, 2 nur in den dort behandelten Ausnahmefällen als bekenntnisfreie Schulen zugelassen, in ihnen müsse daher grundsätzlich Religionsunterricht erteilt werden. In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Verordnung der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch die der Wegfall des Religionsunterrichts in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 an angeordnet war, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landesrecht bricht, so steht durch die mit Gesetzeskraft ausgestattete Entscheidung des Reichsgerichts endgültig fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Hamburg und Bremen über die gänzliche Abschaffung des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ihre Wirksamkeit verloren haben, und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung eingeführt oder aufrechterhalten werden muß.

Eine strafreie Gesetzesübertretung

Der Rittergutsbesitzer Leutholb in Gemichau bei Bautzen war wegen vollendeter und versuchter Beiseiteschaffung von Getreide vom Schöffengericht zu 600 M. Strafe verurteilt worden. Er hatte im Oktober 1919 zwei bis drei Zentner Roggen ausgeführt und am 9. Januar 1920 20 Zentner Roggen nach Preußen auszuführen versucht, um von der Grube Zeitzholz, für deren Arbeiterrat der Roggen bestimmt war, Kohlen ohne Landbezugsschein zu erhalten.

Das Berufungsgericht hat dagegen den Angeklagten freigesprochen. Der Angeklagte habe sich zwar in keinem Notstande befunden, wohl aber in einer Zwangslage, in der von ihm vernünftigerweise die Befolgung der Vorschriften nicht verlangt werden konnte. Dem Angeklagten sei es nur auf dem eingeschlagenen Wege möglich gewesen, sich zu helfen. Obwohl ihm ein Bezugsrecht auf 10 Zentner Kohle zugestanden habe, hätte er während der Monate Oktober bis März überhaupt keine Kohle erhalten. Die Holzvorräte seien aber verteuert gewesen. Er brauchte die Kohlen für seinen Haushalt und zur Aufrechterhaltung seines Betriebes. Nach dem Tarifvertrag hatte ein Teil seiner Leute Anspruch auf Feuerungsmaterial. Es bestand die Gefahr, daß die Arbeiter beim Ausbleiben der Kohlenlieferungen die Arbeit niederlegen konnten. Bei dem Fehlen von Kohle wäre auch die Herstellung von warmem Wasser zur Zubereitung des Futters für das Vieh nicht möglich gewesen, sodann hätte der Ausdrusch und die Ablieferung des Getreides an den Kommunalverband unterbleiben müssen, weil die Kraft zum Antrieb der Dreschmaschine durch eine Lokomobile erzeugt wurde. Unter dem wirtschaftlichen Druck habe sich der Angeklagte auf den Rat eines Dritten an den Arbeiterrat der Grube Zeitzholz gewandt und von dort gegen einige Zentner Roggen 120 Zentner Briketts erhalten. Die Reichsgetreideordnung diene der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, insbesondere der durch den Krieg gefährdeten Volksernährung. Die Einhaltung der Vorschriften in diesem Einzelfalle würde aber zu einer bedeutsamen Störung in der Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln innerhalb eines größeren Bezirks, also zu einer Gefährdung der Interessen der Allgemeinheit geführt haben, deren Folgen nicht abzusehen waren, was durch die dem Gesetz zuwiderlaufende Handlung vermieden wurde.

Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Es sei eine vage Vermutung, daß infolge des Kohlenmangels der Betrieb zum Stillstand gekommen wäre. Das Oberlandesgericht Dresden hat aber das Rechtsmittel unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse verworfen, so daß die Freisprechung sein Bewenden hat. Der Angeklagte habe in gutem Glauben gehandelt.

Friedrich Augusts Ehrenwache

Unser Breslauer Parteiblatt, die Volkswacht, teilt mit, daß dem in Sibyllenort wohnenden ehemaligen König von Sachsen noch immer eine ständige Wache von einem Offizier, einem Unteroffizier und sechs Mann, aus Mannschaften des Breslauer Kürassierregiments zusammengesetzt, gestellt wird. Die Volkswacht fragt die Reichsregierung mit Recht, ob sie die Verwendung der aus Steuermitteln unterhaltenen Reichswehr für solche „Ehrenwachen" verantworten zu können glaubt.

Schlußscheinzwang im Viehhandel

(WSL.) In § 8 der Bundesratsverordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit sind im allgemeinen Schlußscheine für den Viehhandelsverband vorgeschrieben. Bis zum 31. Dezember sind neben den Schlußscheinen, die von der Buchdruckerei der Wilhelm- und Bertha-von-Baensch-Stiftung in Dresden, Waisenhausstraße 34, zu beziehen sind, auch die vom Viehhandelsverbande in Leipzig, Georgiring 9, ausgegebenen Schlußscheine zulässig. Wiederholt haben Angehörige der beteiligten Berufskreise, z. B. Händler und Fleischer, behauptet, daß sie insbesondere beim Viehhandelsverbande keine Schlußscheinhefte hätten erhalten können. Der Viehhandelsverband hat daraufhin mitgeteilt, daß bei ihm Schlußscheinbücher noch in großen Mengen vorhanden sind und jederzeit auf Antrag sofort ausgegeben worden seien. Die obenerwähnte Ausrede kann also die Beteiligten nicht vor Bestrafung schützen.

Die Schwerbeschädigtenfürsorge

Kürzlich fand die erste Landesbeiratssitzung für Schwerbeschädigtenfürsorge in Dresden statt. Der Beirat setzt sich zusammen aus Vertretern der Kriegsbeschädigtenorganisation, aus sozial erfahrenen Personen sowie einem Vertreter der Berufsgenossenschaft, ferner sind ihm zugewiesen ein Vertreter des Landesarbeitsamts und ein Vertreter der Unfall-Schwerbeschädigtenorganisation. Die Tagesordnung war reichhaltig. Im besonderen wurde die Zuständigkeit dieses Landesbeirats nach den verschiedenen gesetzlichen Richtlinien festgelegt. Alsdann wurde durch den Verband der Berufsgenossenschaften bekanntgegeben, in welcher Weise den Schwerunfallverletzten eine Gesundung und Arbeitsmöglichkeit gegeben werden kann. Es besteht die Möglichkeit, einem großen Teil der Schwerunfallverletzten in wirtschaftlichen Beziehungen Vorteile zu verschaffen. Sanitätsrat Dr. Schang vertrat die Meinung, daß bei gerechter Prüfung des körperlichen Zustandes mancher Unfallverletzte in Arbeit gebracht und somit vor Not geschützt werden könne. Der Vertreter der Unfallbeschädigten betonte, daß noch Klagen über ungerechte Entlassung von Unfallverletzten (Staatskrüppeln) laut werden. Die elf Punkte umfassende Tagesordnung wurde noch ergänzt durch eine Anfrage des Vertreters der Arbeitsinvaliden, ob es möglich sei, erwerbsbeschränkte Invaliden aus der Landesversicherungsanstalt mit in die Fürsorge einzubeziehen. Die Angelegenheit bleibt der nächsten Sitzung vorbehalten.

Verhafteter Mörder

Leipzig. Vor etwa Jahresfrist wurde hier in der Nähe der Heiligen Brücke der aus der Schweiz zugereiste Kaufmann Theodor Egger ermordet und beraubt aufgefunden. Jetzt sind die Mörder, zwei Arbeiter namens Paul Vogel und Otto Lasch aus Leipzig, hier festgenommen worden und haben die Tat bereits eingestanden. Statt der erwarteten großen Beute waren ihnen nur 400 M. und einige Schmucksachen in die Hände gefallen. Als Anstifter kommt der gleichfalls in Haft befindliche Bruder des Lasch, Artur Lasch, in Frage, der noch jede Beteiligung an der Mordtat leugnet.

Die beiden Brüder Lasch waren auch die Verüber eines andern schweren Verbrechens, das fast zwei Jahre zurückliegt und jetzt aufgeklärt worden ist. Am Abend des 20. Januar 1919 wurde der Geschäftsführer Findeisen der in der Taucher Straße befindlichen Kohlenhandlung von A. Reimann von zwei jungen Burschen überfallen. Während der eine ihm die Pistole auf die Brust setzte, raubte ihm der andre einen Betrag von 400 M. Beide entkamen, nachdem der eine der Räuber den Ueberfallenen noch durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt hatte. Der Tat geständig sind die Arbeiter Otto und Artur Lasch.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Nach den Leipziger Neuesten Nachrichten soll Max Hölz am Sonnabend in Leipzig gesehen worden sein. — In Leipzig wurde dem Meßamt auf Antrag ein mit fünf Prozent verzinsliches, vom 1. April 1922 an in Jahresraten von je 500 000 Mark zurückzuzahlendes Darlehn von fünf Millionen Mark zur Beschaffung neuer Ausstellungsräume für die technische Messe bewilligt. Das Meßamt soll ersucht werden, in Zukunft noch Möglichkeit die Aussteller selbst mehr als bisher für Bereitstellung privaten Kapitals zur Beschaffung von Meßausstellungsräumen zu interessieren. — Da die Zahl der Erwerbslosen weiter erheblich gewachsen und die Unterstützung während des Winters gestiegen ist, machte sich in Leipzig die Nachbewilligung von 1 800 000 Mark zu den in den städtischen Haushaltplan für diese Zwecke eingestellten Mitteln erforderlich. — In Hohenstein-Ernstthal beging ein 18jähriger junger Mann in eigenartiger Weise Selbstmord. Er bestieg die hohe Esse an der Casanstalt und stürzte sich zirka 30 Meter hoch herab. Arbeiter fanden den jungen Mann tot vor.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201122/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

„Die Dresdner Volkszeitung ist verboten!"

Unglaublich, aber wahr ist es, daß einem Kranken, der im Krankenhaus der Diakonissenanstalt untergebracht wurde, der Empfang und die Lektüre der Dresdner Volkszeitung verboten wurden. Am 16. November 1920 erst nach dem entschiedenen Einspruch des Kranken bequemte man sich nach zweistündigem Ueberlegen, dem Kranken die von seinem Gelde bezahlte Volkszeitung auszuhändigen.

Da die Leitung der Diakonissenanstalt vor etlicher Zeit sich auch der Dresdner Volkszeitung sehr gern bediente, als es galt, die Oeffentlichkeit auf die bedrängte Lage der Anstalt hinzuweisen, nehmen wir an, daß dieses vorsintflutliche „Verbot" von einer untergeordneten Stelle „verhängt" wurde, die sich da ein Recht anmaßte, das ihr nicht zustand.

Es wäre aber gut, wenn sich die Leitung zu dieser seltsamen Geschichte erklärte, die seltsam bliebe, auch wenn es sich nicht gerade um die Dresdner Volkszeitung handelte. Denn ein Krankenhaus, dem obendrein auch Kranke der Ortskrankenkasse zugewiesen werden, ist dazu da, Kranke gesund zu machen, nicht aber, um sie politisch zu bevormunden. Wenn man freilich hört, daß der dort amtierende Kirchenrat den Schwestern eine deutschnationale Wahlrede hielt, dann ist man geneigt, der Leitung auch dieses „Verbot" zuzutrauen. Die Leitung hat nun das Wort.

Landwirte sind Luxuskonsumenten

Der Verlag August Scherl, der bekanntlich den Lokalanzeiger und verschiedene andre Zeitungen und Zeitschriften herausgibt und es sich besonders angelegen sein läßt, über die Begehrlichkeit der Arbeiter und ihre angeblich unerhört hohen Löhne zu schreiben, bringt in einem Inseratenwerbeprospekt für den Praktischen Wegweiser, der besonders in landwirtschaftlichen Kreisen gelesen wird, die nachstehenden Empfehlungssätze:

„Firma

. . . .

in . . . .

Das diesjährige Weihnachtsfest steht unter keinem günstigen Zeichen. Teuerung und Arbeitslosigkeit mit den an und für sich trüben wirtschaftlichen Verhältnissen zwingen die Bevölkerung, nur das Notwendigste für den täglichen Gebrauch anzuschaffen.

Trotzdem gibt es eine Klasse, die ihren Wohlstand zu heben wußte, die bei der allgemeinen Lebensmittelknappheit ihre Erzeugnisse zu nie gekannten Preisen absetzen konnte und deshalb heute das starke Rückgrat des deutschen Wirtschaftslebens bildet, die Landwirte.

Diesem Umstand sollten Sie Rechnung tragen. Die Landbevölkerung, die stets auf den Bezug von auswärtigen Geschäften angewiesen war, ist heute, wo sich das Geld auf dem Lande befindet, der dankbarste Käufer jeder Art von Waren. Ihr Wohlstand erlaubt es ihr, sich jeden Luxus leisten zu können.

Deshalb raten wir Ihnen, Ihr Weihnachtsangebot diesen Kreisen zur Kenntnis zu bringen. Sie erschließen sich den Weg hierzu durch den Praktischen Wegweiser, der in mehr als 35 000 Orten ausschließlich auf dem Lande verbreitet, seit Jahrzehnten der Ratgeber und Berater der Landwirte ist. Diese sind gewohnt, ihre Bezugsquellen im Praktischen Wegweiser zu suchen, weil sie wissen, daß nur reelle Firmen in ihm vertreten sind."

So werden die Landwirte und ihre Wuchergewinne von denen beurteilt, die darüber Bescheid wissen müssen. Die Landwirte, die es angeht, werden nicht gerade erbaut sein über den Bärendienst, den ihnen der geschäftige Scherl da geleistet hat.

Feinde der Arbeitsinvaliden

Unter dieser Ueberschrift berichtete am 13. November ein Teilnehmer, daß in einer Versammlung des 4. Zuges des Bezirks Johannstadt der ehemaligen Einwohnerwehr, die über die Verwendung der durch freiwillige Spenden der ehemaligen Zugmitglieder aufgebrachten Zugkasse beschließen sollte, der Leiter Dr. Graupner den Antrag, einen Betrag von 400 M. dem Bund der Arbeitsinvaliden zur Milderung der Notlage seiner Mitglieder zu überweisen, dadurch unterbunden habe, daß er über den Antrag nicht abstimmen ließ.

Die Gauleitung Sachsen des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands wandte sich darauf unter Hinweis auf diesen Bericht an Herrn Dr. Graupner mit dem Ersuchen, noch einen Beschluß im Sinne der notleidenden Arbeitsinvaliden herbeizuführen. Es würden bei der in Frage kommenden Summe von 400 M. acht Personen, die am allertraurigsten daliegen, vorgeschlagen werden. Es würden auf jede Person 50 M. entfallen, die zum Kartoffeleinkauf genommen werden könnten.

Herr Dr. Graupner hat daraufhin diesem Verbande in folgendem Schreiben geantwortet, um dessen Abdruck er uns ersucht, da der Inhalt des Schreibens Irrtümer richtigstellt, die unserm Berichterstatter unterlaufen sind, und Herrn Dr. Graupner von dem Vorwurf befreit, ein „Feind der Arbeitsinvaliden" zu sein:

„Auf Ihr Schreiben vom 15. November, betreffend die Auflösung der Zugskasse des 4. Zugs der Einwohnerwehr Bezirk Johannstadt, gestatte ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen: Hinsichtlich des Zugvermögens und seiner Liquidation besteht der ehemalige 4. Zug als Verein im Sinne von § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuchs weiter. Es ist selbstverständlich, daß dieser Verein baldigst liquidiert. Für die Liquidation gelten gemäß § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Vorschriften über die Gesellschaft, insbesondere die §§ 728, 732 und 734 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Nach § 730 Absatz 2 steht die Geschäftsführung allen Gesellschaftern gemeinschaftlich zu. Zur Erledigung der noch außenstehenden Geschäfte war auf den 12. November eine Versammlung der Mitglieder des vierten Zugs anberaumt worden. Erst im Laufe der Versammlung stellte sich heraus, daß die Einladung nicht allen Mitgliedern zugegangen war. Infolgedessen konnten auch gültige Beschlüsse nicht gefaßt werden. Außerdem widersprach einer Beschlußfassung ein Herr namens der insbesondere nicht eingeladenen vierten und fünften Gruppe. Unter diesen Umständen sah ich mich bei meiner persönlichen Verantwortlichkeit für das Vereinsvermögen nicht in der Lage, die Versammlung bis zu einer Beschlußfassung durchzuführen, sondern mußte es bei der Konstatierung der Beschlußunfähigkeit bewenden lassen. Es bleibt mir nunmehr nichts weiter übrig, als entweder noch eine Versammlung ordnungsgemäß einberufen zu lassen oder schriftlich über die Verwendung des Vereinsvermögens abstimmen zu lassen, und zwar unter Beachtung der Bestimmung in § 734, wonach jedem Gesellschafter an dem Vereinsvermögen sein Kopfanteil gebührt. Ich werde nicht verfehlen, nachdem ich über die Ziele des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands durch Sie aufgeklärt worden bin, die Unterstützung Ihrer Ziele zu empfehlen, ich sehe mich aber nicht in der Lage, eigenmächtig und auf meine Gefahr, das Vereinsvermögen Ihnen zu überweisen. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Dr. Graupner."

Das Recht auf Gesundheit

Ueber dieses Thema hielt Freitag im Volkshaussaal Herr Schirrmeister, Vorsitzender des Deutschen Bundes für naturgemäße Lebens- und Heilweise in Berlin, einen gut besuchten öffentlichen Vortrag. Er führte aus: Alles arbeitet jetzt, um den unleugbar gesunkenen Gesundheitszustand des Volkes zu heben. Die Naturheilvereine haben schon seit 40 und mehr Jahren hierfür gearbeitet und das Volk dazu aufgerufen ohne alle staatliche Hilfe und gegen den Widerstand „autoritativer Kräfte". Man will sie auch heute wieder übersehen, ja, ihre Kritik der Zustände unterdrücken. Aber der Mensch soll nicht nur Objekt von Arzt und Staat, sondern auch Subjekt der Gesundheitspflege sein. Erziehung, Belehrung, die bereits in der Schule beginnen muß, Aufrüttelung des eingesenen, Erregung seines Pflichtgefühls, Appell an die sittlichen Kräfte, Befähigung zur Selbstheilung, nicht allein die Tat giebt der Arzte kann unsre Volksseuchen, die Schwindsucht, die Geschlechtskrankheiten usw. eindämmen. Seit 1½ Jahren sind 10 Milliarden Mark in Deutschland für Tabak [illegible] ausgegeben worden. 16 Pfund Gerste auf den Kopf der Bevölkerung werden jährlich amtlich zur Bierbereitung hergegeben — viel mehr aber noch fügt ihr durch unterirdische Kanäle zu. Jeder für Volksgesundheit Interessierte sollte derartige schädliche Genußmittel bekämpfen. Die Kurierfreiheit, auch Nichtapprobierter, forderte der Referent vor allem als ein Recht des Kranken, dem der Arzt seines Vertrauens zusteht. — Es wurde eine Entschließung vorgeschlagen und einstimmig angenommen, wonach die Versammlung erwartet und verlangt, daß der neue Volksstaat den Grundsatz der auf Selbstverantwortung sich gründenden Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auch für die Volksgesundheitspflege anwende, denn die erzieherische Wirkung dieses Grundsatzes sei die unerläßliche Voraussetzung jeder wirksamen Steigerung der gesundheitlichen Volkskräfte und jedes erfolgreichen Kampfes gegen die Volkskrankheiten. Ferner wird neben manchem andern gefordert die Errichtung von Lehrstühlen der Naturheilkunde an allen Universitäten nach dem Muster dessen, das durch Kultusminister Haenisch in Berlin für den Vertreter dieser Methode, Schönenberger, eingerichtet wurde.

Schulmuseum des Sächsischen Lehrervereins, Dresden-A., Sedanstraße 19, Hrb. 2. In der Sonderausstellung „Was schenken wir unsern Kindern?" sollen am Mittwoch und Sonnabend nur vier erläuternde Führungen in der Abteilung „Gute käufliche Spielgaben" stattfinden. Die Spielausstellung will auch einem alten, schönen Spielzeug, dem Puppentheater, wieder Freunde verschaffen. Ausgestellte Theater zeigen die Einrichtung. Um nun auch zu zeigen, wie gespielt wird, hat sich Herr Dr. Paul, Lehrerinnenseminar, Verfasser guter Puppenspiele, freundlichst bereit erklärt, am Donnerstag den 25. November, 5 Uhr, im Schulmuseum eine Puppentheateraufführung zu veranstalten. Der Zutritt ist ebenso unentgeltlich wie der Besuch der Ausstellung. Am Sonnabend Wiederholung. Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt.

Unterrichtsabende für die Vertrauensmänner der Schwerbeschädigten sowie für die mit der Schwerbeschädigtenfürsorge in den Betrieben betrauten Vertrauten der Arbeitgeber, die nach den Vorschriften des Reichsgesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter in jedem Betriebe mit wenigstens 100 Arbeitnehmern bestellt werden müssen, beabsichtigt das Kreisamt für Kriegerfürsorge Dresden einzurichten. Die in Aussicht genommenen Unterrichtsabende sollen wöchentlich einmal im Monat Dezember dieses Jahres von Mitarbeitern des Landesamts und des Kreisamts für Kriegerfürsorge sowie der Prüfstelle für Ersatzglieder Dresden abgehalten werden und den erwähnten Vertrauensmännern und Beauftragten soll die Gelegenheit geben, die Aufgaben der gesetzlichen Schwerbeschädigtenfürsorge im allgemeinen sowie die persönliche Behandlung der Schwerbeschädigten im einzelnen näher kennen zu lernen. Um zunächst einen Ueberblick über die Teilnehmerzahl zu gewinnen, werden die Vertrauensmänner der Schwerbeschädigten und die Beauftragten der Arbeitgeber in den Betrieben in Dresden und Umgebung gebeten, ihre Beteiligung spätestens bis zum 26. November d. J. bei dem Kreisamt für Kriegerfürsorge, Dresden, Friesengasse 6, Fernsprecher 25 856, schriftlich oder mündlich anzumelden. Alles Nähere wird den Teilnehmern später bekanntgegeben.

Schaffen und Schenken zu Weihnachten. Mit diesen Worten kennzeichnet sich eine Ausstellung, die Montag den 22. November, nachmittags 3½ Uhr, im Festsaale der Realschule Seevorstadt (Wettinerstraße 4) eröffnet wird. Sie wurde vorbereitet von der Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung in Verbindung mit dem Dresdner Zeichenlehrerverein und Abteilungen des Dresdner Lehrervereins. Sie bringt Spielzeug verschiedenster Art und andre geeignete Weihnachtsgeschenke, die meist von Eltern und Kindern selbst angefertigt worden sind, und will damit Großen und Kleinen wertvolle Anregungen geben zum eigenen Basteln im häuslichen Kreise. Weiter sind gute gediegene Jugendschriften ausgelegt. Die Ausstellung findet statt vom 22. November bis einschließlich 5. Dezember und ist wochentags geöffnet von 3 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 6 Uhr. Führungen, Vorträge und Aufführungen von Puppenspielen sind vorgesehen.

Dem Zentral-Arbeitsnachweis, Abteilung Hausnäherinnen, Ringstraße 15, stehen gegenwärtig wieder eine genügende Anzahl guter Hausschneiderinnen und Weißnäherinnen zur Verfügung. Desgleichen können Ausbesserinnen und einfache Flickerinnen stets nachgewiesen werden. Die Hausnäherinnen arbeiten je nach Verlangen auf Stube, können aber auch Heimarbeit annehmen. Die Hausfrauen werden gebeten, der genannten Abteilung bei Bedarf sofort Anzeige zu erstatten unter genauester Angabe ihrer besonderen Wünsche. Geschäftszeit: 8 bis 2½ Uhr, Sonnabend 8 bis 1½ Uhr. Telephon 25 881.

Die Kriegshinterbliebenen der 40 Dresdner Militärvereine sollen zu einer Gruppe zusammengeschmolzen und an die Bezirksarbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten angegliedert werden. Damit geht die Wahrnehmung aller Kriegerhinterbliebenen Angelegenheiten der Dresdner Militärvereine auf die Kriegerhinterbliebenengruppe der Bezirksarbeitsgemeinschaft über. Eine stark besuchte Versammlung der Kriegerhinterbliebenen faßte den vorstehenden Beschluß einstimmig und beschloß für den 27. November, abends 7 Uhr, eine Kriegsbeschädigtenversammlung nach dem Keglerhause in der Ostra-Allee einzuberufen.

Blinde sind nicht steuerfrei. In der Nummer 264 unsrer Zeitung brachten wir einen Bericht über eine Taubstummenversammlung, in der gesagt war, die Blinden seien überhaupt steuerfrei und hätten auch freie Straßenbahnfahrt. Dazu wird uns berichtigend mitgeteilt, daß die Blinden durchaus nicht steuerfrei sind, den Grund zu der irrigen Annahme könne aber wohl der Umstand gegeben haben, daß die Blinden gewöhnlich so wenig Einkommen haben, daß sie gesetzlich keine Steuern zu entrichten haben. Es sei auch ein Irrtum, daß die Blinden freie Straßenbahnfahrt hätten, sie besäßen nur die Vergünstigung des halben Preises, und zwar berechtigterweise, weil sie immer in Begleitung sein müssen.

Volkshochschule. Ernst Hörisch veranstaltet vom Mittwoch den 24. November, abends 7 Uhr, an im Vegetarischen Speisehaus, Waisenhausstraße 15, 2., 12 Leseabende. Die Teilnehmer lesen selbst vor. Aussprache werden angeschlossen. Für die erste Reihe sind vorgesehen: Hesse, Demian; Emil Strauß, Hochzeit, Freund Hein; Friedrich Huch, Geschwister; W. Bonsels, Indienfahrt (?). Die Reihe kostet für Mitglieder 9 M. Karten sind in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Schulgasse 1, Zimmer 44, zu haben.

Zoologischer Garten. Kürzlich wurde die Haltung von ostfriesischen Milchschafen warm empfohlen und mitgeteilt, daß solche in Radeberg zu besichtigen seien. Da lohnt es sich wohl darauf hinzuweisen, daß diese interessante Schafrasse auch unter den im Zoologischen Garten ausgestellten Tieren in einem Pärchen und in einem diesjährigen Lamm zu finden ist. Diese Rasse ist im Gegensatz zu den bekannten ebenfalls zurückschwanzigen Heidschnucken groß und kräftig, auch im männlichen Geschlecht hornlos. Bei guter Äsung ist bei einem frischmelkenden über bis fünfjährigen Tiere die Menge der fettreichen Milch recht beträchtlich.

Die 25. Volksschule, Pohlandstraße, veranstaltet am Dienstag den 23. November, abends 6½ Uhr, in der Turnhalle daselbst eine sehr wichtige Elternversammlung, in der folgende Tagesordnung behandelt wird: Weltliche Einheitsschule, Herr Lehrer Kanitz. Bericht des Elternrats. Genosse Schmidt. Wir bitten die Eltern, hierzu vollzählig zu erscheinen.

Elternversammlung in der Inneren Neustadt. Mittwoch den 24. November, abends 7 Uhr, findet in der Turnhalle der 4. Volksschule eine öffentliche Elternversammlung statt. Herr Lehrer Zimmer spricht über Berufswahl.

Gewerkschaftskartell. Für den Mittwoch den 24. November stattfindende Sinfoniekonzert sind Karten bei Wichard, Ritzenbergstraße 4, 1. Etage, zu haben.

Erwerbslosenräte der Kreishauptmannschaft Dresden. Montag, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Dresden Zusammenkunft der Erwerbslosenräte. U. a. Bericht von der Reichskonferenz. Ausweis nicht vergessen.

Arbeiter-Esperantisten. Nächsten Donnerstag 7½ Uhr Uebungsabend im Restaurant Jüdenhof (Neumarkt). Die Teilnehmer des Mittwochkurses werden gebeten, nach beendeter Lektion [illegible] zu erscheinen.

In der Ausstellung des Sächsischen Kunstvereins auf der Brühlschen Terrasse stahl der bereits mehrfach bestrafte, vorbestrafte angebliche Schriftsteller Albert Otto [illegible] im April d. J. sieben wertvolle Radierungen. Er verkaufte die Blätter sofort bedeutend unter dem Werte. Das Urteil lautete auf zehn Monate zwei Wochen Gefängnis und [illegible] Wochen Haft.

Ein raffinierter Betrüger ist der schon oft und schwer bestrafte Kaufmann Wilhelm Manforth. Im Laufe des vergangenen Sommers schwindelte er einer Modistin einen Geldbetrag in Höhe von 3000 M. ab und verkaufte ihr für den genannten Betrag einen Wildhändler. Ein weiteres Opfer seiner Betrügereien war eine Obsthändlerin, der er durch falsche Vorspiegelungen über 700 M. abnahm. Mehrere weitere Fälle wurden behufs Vorladung einiger Zeugen abgetrennt und sollen später verhandelt werden. U. a. hat er eine Kellnerin aus dem Weinlokal zur Traube um 13 000 M. und einen Posten Zigarettenbanderolen geprellt. Das Urteil lautete unter Versagung mildernder Umstände auf ein Jahr acht Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

Die betrogene Polizei. Während der letzten Novembertage machte die Dresdner Polizei mehrfach von ihren Gummiknüppeln in ausgiebiger Weise Gebrauch. Dabei stellte sich heraus, daß verschiedene sich die Gummiknüppel, die aus Vollgummi bestehen sollen, mit Sägespänen gefüllt waren. Man ersieht hieraus, daß die Betrügereien auf allen Gebieten unsers Wirtschaftslebens in Erscheinung treten, und auch vor der Polizei nicht zurückschrecken.

Ertappte Mehlschieber. Anläßlich einer Streife der Gendarmerieabteilung Loschwitz wurde in Schönfeld ein Lastauto aus Dresden angehalten, daß unter Kraut und Kartoffeln 15 Zentner Weizenmehl mitführte. Diese Mehlsendung kam aus Boxdorf bei Meißen. Das Mehl wurde beschlagnahmt und der allgemeinen Versorgung überwiesen. Gegen die an der Mehlschieberei beteiligten Personen schwebt die Untersuchung.

Diebstähle auf dem Lande. In Hainsberg wurden eine goldene Damenuhr mit Monogramm G. R. sowie ein goldener Anhänger mit blau-rotem Rubin und Perle und einige andre Sachen im Werte von über 2000 M. entwendet. — Bei einem nächtlichen Einbruch in Kreischa wurden Kleidungsstücke und Schmucksachen, ferner zwei geschlachtete Gänse, zwei Töpfe voll Fett und Talg, Speck, Kognak und andre dergleichen Sachen von sehr hohem Werte gestohlen. — Ein Motorrad Marke Wanderer Nr. 200 530 und dem Erkennungszeichen II 8304 im Werte von 10 600 M. wurde in Glashütte gestohlen. — In Röhnitz wurden von unbekannten Tätern zwei Lederriemen im Gesamtwerte von wenigstens 4000 M. entwendet. — Durch Einbruchsdiebstahl wurden in Dittersbach bei Glashütte Herrenanzüge, Kleidungsstücke und Schuhwaren im Gesamtwerte von 2500 M. erlangt. — In Radeberg wurden verschiedene J. K. oder H. R. gezeichnete Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von über 1600 M. und in Altenberg aus einem Sommerhause ein Grammophon mit 30 Platten sowie Betten und alle möglichen andern Sachen im Werte von ungefähr 3000 M. gestohlen. — Eine ganze Anzahl in den letzten Wochen in der Dresdner Umgebung verübter Kleintierdiebstähle lassen darauf schließen, daß Spitzbuben wieder am Werke sind, um demnächst schlachtreife Gänse, Enten, Kaninchen usw. zu stehlen.

Vermischte Nachrichten. Am Sonnabend machte ein 21 Jahre alter, in Vorstadt Löbtau wohnhafter Beamter in plötzlich überkommener Schwermut seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Sein Leichnam wurde an einem Baume auf Altnaußlitzer Flur aufgefunden. — In den Kopf schoß sich am Sonntag nachmittag in selbstmörderischer Absicht ein in der Rehefelder Straße wohnhafter 27 Jahre alter Kellner. Er wurde in hoffnungslosem Zustande aufgefunden und nach dem Krankenhause Friedrichstadt übergeführt. — In einer im Keller einer Konditorei an der Prager Straße befindlichen Eisanlage waren am Sonntag nachmittag durch ein geplatztes Ventil scharfe Ammoniakgase entströmt, so daß die Feuerwehr zur Hilfeleistung gerufen werden mußte. Sie drang mit Rauchhelmen in den gasgeschwängerten Keller ein und schloß das Ventil. — Maul- und Klauenseuche in der Tierärztlichen Hochschule. Unter dem in der Tierärztlichen Hochschule, [illegible] stellten Klauenvieh ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. — Ungetreuer Beamter. Ein Unterwachtmeister der grünen Polizei führte eine Beschlagnahme von Holz aus, um sich dann in den Erlös der so gemachten Beute zu teilen. Der Vorgang ist zur Zeit Gegenstand einer umfangreichen behördlichen Untersuchung.

Laubegast. Elternratswahl. Bei der am Sonntag stattgefundenen Elternratswahl war leider nur eine 30prozentige Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Von den 416 abgegebenen Stimmen erhielten die Liste der Bürgerlichen 188 Stimmen gleich 5 Vertreter, die Liste der S. P. D. 107 Stimmen gleich 3 Vertreter, die Liste der K. P. D. 84 Stimmen gleich 2 Vertreter, die Liste der U. S. P. D. 42 Stimmen gleich 1 Vertreter. Von unsern Kandidaten sind Genosse Lillienbahl, Genossin Sperling und Gen. Braun als Mitglieder des Elternrats gewählt worden.

Aus dem Parteileben

4. Kreis. Dienstag, abends 7 Uhr, Sitzung im Jugendheim.

5. Kreis, Frauen. Dienstag findet ein Diskussionsabend im „Senefelder", Kaulbachstraße 16. Anfang 7½ Uhr. Musikalischer Vortrag: Genosse Lehrer Körmele. Rezitationen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen.

Kinderschutzkommission Trachenberge. Die Kinder treffen sich Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, Rückertstraße 30. Beipferdbrot mitbringen.

Bezirk Trachenberge, Abteilung Frauen. Den Genossinnen zur Kenntnis, daß der nächste Diskussionsabend nicht kommenden Mittwoch, sondern Mittwoch den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Köpenicker Hof, Hans-Sachs-, Ecke Semmelstraße, in Gestalt eines heiteren Unterhaltungsabends stattfindet.

Bezirk Striesen, Blasewitz, Tolkewitz. Die nächste Mitgliederversammlung findet Freitag den 26. November, 7½ Uhr, im Sächsischen Prinzen statt. Sie wird sich mit der verflossenen Landtagswahl und der kommenden Regierungsbildung zu beschäftigen haben. Die andern Tagesordnungspunkte sind ebenfalls äußerst wichtig.

Kinderschutzkommission Striesen. Da am Mittwoch das Lokal nicht frei ist, findet der nächste Spielabend am Dienstag statt. Treffen um 3 Uhr Deutsche Eiche, Hüttenstraße.

Laubegast. Dienstag, abends 8 Uhr, im Restaurant Elbschlößchen Uferstraße: Frauendiskussionsabend. Lichtbildervortrag des Genossen Müller. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossinnen wird erwartet.

Plauenscher Grund

Birkigt. Verteilung von bayr. Harzkäse bis Dienstag gegen Vorlegung der Butterkarte je 7½ Gramm für 6 Pf. [illegible]

Döltzschen. Kohlenverteilung. Dienstag auf die Nr. 33 bis mit 81 und 260 bis mit 188, sowie Mittwoch auf die Nr. 82 bis mit 106 und 280 bis mit 312 vormittags von 8 bis 9½ Uhr am Schacht in Döhlen auf Abschnitt 9 und 10. Richtgewichte ließen verfallen.

Deuben. Dienstag findet von vormittags 8 Uhr an Verkauf von Speisekartoffeln auf der Burgker Niedergasse / Straße statt. Preis pro Zentner 36 M. Bezieher auf die große Kartoffel und gelbe Karte bezugsberechtigt mit 2 Zentner, die graue Kartoffelmarke mit 8 Zentner. Bezugsscheine sind im Ratskeller, Polizeiwache, zu lösen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A.
Für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.

Gewerkschaftsbewegung

Rot angestrichene Gelbe

Unser Zwickauer Parteiblatt gibt das Konterfei eines „Kommunisten" und Organisationszersplitterers namens Bruno Seifert, der stets den Radikalen mimte und zu jedem Frühstück mindestens ein Dutzend Gewerkschafts„bonzen", Mehrheitssozialisten und Kapitalisten verspeiste. Leider gingen auch urteilslose Arbeiter diesem „echten, wahren Revolutionär", wie er sich selbst nannte, auf den Leim, obwohl er bereits früher dreimal dabei ertappt wurde, wie er seine Kameraden regelrecht bestahl, indem er an vollen Kohlenwagen anderer Kameraden die Nummerzeichen mit den seinigen vertauschte; ja sie haben sogar acht Tage für ihn gestreikt, weil er ihnen wegen gemaßregelt zu sein.

Vor kurzem war nun Seifert mit dabei, als in Gückelsberg eine Anzahl Kommunisten verhaftet wurde, die mit 25 Gewehren und drei Handgranaten unterwegs waren nach Falkenstein, um dort eine Sowjetrepublik zu errichten. Jetzt sitzt er in Untersuchungshaft dieserhalb. Und nun müßte er als „echter Revolutionär" doch Proben seines revolutionären Mutes und seiner echten kommunistischen Ueberzeugung ablegen und das Vertrauen seiner Gläubigen rechtfertigen. Sozialdemokraten und Gewerkschaftsangestellte, die von Seifert und seinem leichtgläubigen Anhang als Arbeiterverräter beschimpft werden, sind wenigstens, wenn sie ihrer Ueberzeugung wegen ins Gefängnis oder Zuchthaus mußten, in ihrer Ueberzeugung und ihrer Treue zur Arbeiterschaft gefestigt geblieben. Bruno Seifert aber ist beim ersten ernsthaften Zupacken schon zusammengeknickt wie ein nasser Sack. Das beweist folgender Brief, den er aus dem Gefängnis an die Verwaltung des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins geschrieben hat:

„Zwickau (Sachsen), Gefangenanstalt, den 26. 10. 20.

Sehr geehrter Herr Schichtmeister!

Sie werden höflichst entschuldigen, daß ich Sie mit einem Briefe belästige.

Ich, Bruno Paul Seifert, der früher Betriebsrat des Vertrauensschachtes, ich muß mein Vorgehen damals bedauern, ich hab mich bis dato als Mittel zum Zweck für andre benutzen lassen, bin nun dadurch, daß meine Familie den Schaden hat, zu einer andern Ueberzeugung gekommen. Bitte Herrn Schichtmeister und Herrn Generaldirektor Jobst nochmals höflichst um Entschuldigung. Ich würde mich zum Dank wenn Herr Generaldirektor mich als Grubenarbeiter in einen seinen Betrieben befindlichen Schacht einstellen würde, haben die Herren wenigstens Rücksicht zu meiner Familie, also kranke Frau, 5 Kinder, das älteste 15 Jahre und blödsinnig. Aus Dank für die Einstellung würde ich mich ganz Ihnen zur Verfügung stellen, von jeder gewerkschaftlichen und politischen Sache würde ich mich fern halten. Ich würde Ihnen zum Dank sogar jetzt die 8 stunden Schicht bringen.

Hochachtungsvoll Ihr ergebenster

Bruno Seifert."

Was wir stets gesagt haben, wird hier bestätigt: Diese revolutionär tuenden radikalen Maulhelden sind in Wirklichkeit nichts anderes als rot angepinselte Gelbe, die nur auf Postenjägerei ausgehen, und wenn sie dabei herumglücken, dann lecken sie den Unternehmern wieder die Füße.

Erhöhung der Kinderzulagen für Beamte

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat beschlossen, dem Reichsrat und dem Reichstag eine Vorlage wegen Erhöhung der Kinderzulagen der Beamten zugehen zu lassen.

Dazu wird uns aus Beamtenkreisen geschrieben: Gegenüber dem Absichten der Regierung, die durch Erhöhung der Kinderzulagen der bringendsten Not steuern zu können glaubt, hält der Deutsche Beamtenbund an seiner Forderung auf Errichtung des Existenzminimums durch Erhöhung des Teuerungszuschlags fest und führt die Verhandlungen in diesem Sinne.

Allgemeinverbindlicher Reichstarif

Der zwischen dem Reichsverband der Uniformeffektenfabrikanten, E. V. in Berlin, dem Schutzverband der Uniformlieferanten, E. V. der Zentralstelle der an öffentlichen Lieferungen beteiligten Schneidervereinigungen, E. V., dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, dem Verband christlicher Schneider und dem Gewerkverein der Schneider (H.-D.) abgeschlossene, am 1. April 1920 in Kraft getretene Reichstarifvertrag wurde zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Uniformlieferungsschneiderei für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Oktober 1920. Sie erstreckt sich nicht auf die im Bereiche der Reichs- und Staatsverwaltungen beschäftigten Arbeitnehmer.

Ende des Hamburger Mieterstreiks

Vier Wochen lang haben die Mieter in Hamburg in ihrem wilden Ausstand beharrt, sich durch keinerlei Vorhaltungen der Organisation im Interesse der Arbeiterschaft zum Abbruch der wilden Aktion bewegen lassen. In einer Versammlung der Streikenden am Freitag abend wurde endlich mit geringer Mehrheit beschlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, da die gewerkschaftlichen Organisationen sowohl wie der Unternehmerverband vor der Wiederherstellung tarifmäßiger Zustände irgendwelche Lohnverhandlungen abgelehnt haben.

Einigung im Textilgroßhandel

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Am 18. November fanden unter Leitung des Regierungsrats Dr. Weigert im Reichsarbeitsministerium gemeinsame Besprechungen der maßgebenden Vertreter beider Parteien über die Möglichkeiten des Streikabbruchs statt. In später Nachtstunde gelangte man zu vorläufigen Vereinbarungen, die die Parteivertreter zur Annahme empfehlen werden. Die Vereinbarungen regeln die Wiedereinstellung der Streikenden, gewähren neben den verheirateten auch den Ledigen nennenswerte Gehaltszuschläge und bringen überdies den weiblichen Angestellten in drei Gruppen eine Verminderung der Abweichung der Bezüge von denen der männlichen Angestellten. Wie die Zentralstreikleitung mitteilt, wird die Arbeit am Montag wieder aufgenommen.

Internationale Gewerkschaftskonferenz

Den Londoner Blättern zufolge wird sich die in dieser Woche in London zusammentretende Internationale Gewerkschaftskonferenz, an der etwa 150 Delegierte teilnehmen werden, auch mit wichtigen internationalen Fragen befassen, so mit dem Schutze der Gewerkschaftsbewegung in Ländern, in denen sie jetzt noch unterdrückt werde, der Beendigung der jetzt noch geführten Kriege und der Verhinderung neuer Kriege, dem Wiederaufbau Europas einschließlich der Ernährungsprobleme, der Verteilung der Rohstoffe und der Sozialisierung der Produktions- und Verteilungsmittel.

Mittwoch den 24. November 1920, nachmittags 3 Uhr findet im Verhandlungssaale der Amtshauptmannschaft öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. [illegible]

Dresden-Neustadt, am 20. November 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos Kukirol 100000 fach bewährt – Preis M. 3 –

In Apotheken u. Drogerien erhältlich

In den Drogerien von: O. Baumann, König-Johann-Str. 9; Riembel Nachf., Wilsdruffer Str. 30; Gosse & Seidel, Waisenhausstr. 25; Richard König, Nürnberger Platz 5 u. Reichsstr. 6; Lachmann Nachf., Wettinerstr. [illegible] Residenz-Drogerie, Zirkusstr., Ecke Grunaer Str. u. Fr. Wollmann Nachf. [illegible] In Löbtau: Herrmann Nachf.

Unter den Rindviehbeständen des Gutsbesitzers Hermann Trepte in Herrnsdorf (Bezirk Dresden) Nr. 20 wurde der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche festgestellt.

Als Sperrbezirk hat der ganze Ort zu gelten.

Infolge [illegible] Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche wird der Sperrbezirk für die Seuchenausbrüche in [illegible] auf den ganzen Ort ausgedehnt unter Beachtung der Vorschriften gemäß § 159 und 161 der Bundesratsverordnung vom 7. Dezember 1911 (Reichsgesetzblatt 1912 S. 3).

Die Ortsteile [illegible] nördlich der Bahnlinie und Obergohlis werden ebenfalls zu Sperrbezirken erklärt mit den obenbezeichneten Maßnahmen.

Dresden-Neustadt, den 20. November 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Belieferung der Binnenschiffer mit ausländ. Weizenmehl.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Binnenschiffer und deren Angehörige [illegible] auf die Zeit vom 1. November 1920 [illegible] Wochen [illegible] der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer 250 Gramm ausländisches Weizenmehl als Kochmehl [illegible].

§ 2. Die mit der Belieferung der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer betrauten Kleinhandelsgeschäfte haben die in § 1 bestimmte Mehlmenge auf das Mittelstück der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer zu verabfolgen, die auf die Zeit vom 1. November 1920 an lauten. Sie haben die [illegible] Mittelstücke sofort zu entwerten und bei dem zuständigen Mehlbezirk einzureichen.

Der Mehlbezirk stellt nach Maßgabe der eingereichten Mittelstücke „Bezugscheine für Binnenschiffer" über „ausländisches Kochmehl" aus.

Die Kleinhändler haben diese Bezugscheine zum Bezuge neuen Mehles zu verwenden.

§ 3. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 2.[illegible] Mark für 250 Gramm.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft.

Dresden, am 20. November 1920.

Der Rat zu Dresden.

Sonderangebot!

Eine Ladung **feinste bayrische**

Salami-(Bier-)Wurst

Pfund nur **20 Mark.**

F. E. Krüger

Webergasse 18.

Internationale Bibliothek

Band		Mark
1	H. Tschulok, Dr., Entwicklungstheorie (Darwins Lehre) . .	Geb. 9.—
2	Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren	" 10.50
5	Kautsky, Thomas More. 2. Aufl.	" 10.50
9	Bebel, Die Frau und der Sozialismus	" 15.—
10	Lissagaray, Die Geschichte der Kommune 1871. 2. Auflage	" 18.—
11	Engels, Der Ursprung der Familie	" 9.—
12	Marx, Das Elend d. Philosophie	" 9.—
13	Kautsky, Das Erfurter Programm	" 10.50
17	Mehring, Die Lessing-Legende. 2. Auflage	" 18.—
21	Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft .	" 10.50
24	Marx, Revolution und Konterrevolution	" 9.—
29a	Bebel, Leben und Tod. . .	" 10.50
29b	" Kleinere Aufsätze . .	" 10.50
29c	" Moses oder Darwin?	" 9.—
30	Marx, Zur Kritik der politisch. Oekonomie	" 10.50
35	Marx, Mehrwert. Bd. I. . .	" 10.—
36	" " " II. T. 1	" 9.—
37	" " " II. T. 2	" 9.—
37a	" " " III. . .	" 12.—
38	Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung	" 9.—
39	Hillquit, Geschichte d. Sozialismus i. d. Vereinigt. Staaten	" 9.—
40	Pashitnow, Die Lage der arbeitend. Klasse in Rußland	" 9.—
42	Maslow, P., Agrarfrage in Rußland	" 9.—
44	Bernstein, Engl. Revolution	" 10.50
45	Kautsky, Der Ursprung des Christentums.	" 15.—
47	Kautsky, Vorläufer d. neueren Sozialismus Band 1 . . .	" 10.50
48	Kautsky, Vorläufer d. neueren Sozialismus, Band 2 . .	" 10.50
49	Buonarroti-Blos, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit	" 9.—
50	Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft	" 10.50
51	Paul Louis, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich 1789—1912 . .	" 9.—
53	M. Adler, Marxistische Probleme	" 9.—
55	Vandervelde, Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung	" 6.—
56	Max Adler, Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus	" 9.—
57	Gustav Noske, Kolonialpolitik und Sozialdemokratie . .	" 9.—
60	Ballod, Der Zukunftsstaat .	" 9.—
61	Berufe u. Voraussetzungen des Sozialismus	" 10.50

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung.

Unsere Abteilung

Damen-Konfektion

erzielte in diesem Jahre nachweisbar

Zehnmal höhere Umsätze

als im Vorjahre. Warum? Unsere Preise waren so niedrig im Verhältnis zur allgemeinen Marktlage, daß es sich für viele unserer Kunden lohnte, aus der näheren und weiteren Umgebung Dresdens uns zu besuchen.

Unsere Auswahl in

Mänteln, Kleidern, Kostümen, Röcken u. Blusen

haben wir den Umsätzen entsprechend vergrößert, so daß jeder bei uns

das Passende preiswert gefunden hat

Solange der Vorrat reicht

Das schöne Kleid des großen Publikums **132.00**
gestreifte Popeline, Ia Qual mit Plissé-Rock, Plissé-Ärmel- u. Halsgarn, und Lackgürtel . . . . . Stück

Das gute Kleid der eleganten Dame **375.00**
reinwollener dunkelblauer Serge, Ia Qual. mit moderner Kurbelstickerei, offen und geschlossen zu tragen, modernste Form . . . . . Stück

Der gute schwarze Mantel der vornehmen Frau **475.00**
reine Wolle, Affenhaut (Velour de laine), Ia Qual., lange moderne Form, außerordentlich preiswert . . . . . Stück

Warme flauschige **Damenmäntel**
einfarbige, teilweise karierte, solide Stoffe
125.00 195.00 275.00

Damen-Blusen
moderne Formen, solide Qualitäten
32.50 48.50

Kostümröcke
außerordentl. Auswahl, moderne fesche Formen
48.50 68.00 95.00

L. Hoffmann G. m. b. H.

Dresden-Löbtau Kesselsdorfer Str. 20

Straßenbahnen 7, 13, 22

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201122/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

27

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

Der alte Brotteaux hörte ihrem Geplauder zu und gedachte mit schwermütiger Wollust, wie diese Hüllen eine Saison lang die reizenden Formen verbergen, die auch nur wenige Jahre dauern, doch ewig wiederkehren wie die Blumen auf den Feldern. Und seine Blicke, die von den drei jungen Mädchen zu den Kornblumen und zu dem Mohn in den Ackerfurchen schweiften, wurden feucht von lächelnden Tränen.

Gegen neun Uhr kamen sie nach Orangis und kehrten im Gasthaus Zur Glocke ein. Der Bürger Blaise, der sich bereits zurechtgemacht hatte, streckte den Damen die Hände entgegen. Man bestellte das Mittagessen, dann zogen alle mit ihren Malkästen, Sonnenschirmen, Staffeleien und Papierblocks, die ein kleiner Dorfbube vor ihnen hertrug, zu Fuße nach der Mündung der Orge in die Yvette, einem reizenden Punkte, von dem man die grüne Ebene von Longjumeau übersah, begrenzt von der Seine und den Wäldern von Saint-Geneviève.

Jean Blaise, der die Führung des Künstlertrupps übernommen, wechselte mit dem früheren Finanzmann kurzweilige Reden, in denen ohne Ordnung und Wahl Verboquet der Großmütige, die Hausiererin Katharina Cuissot, die Fräulein Chaudrons, der Zauberer Galichet und die neueren Gestalten von Cadet-Rousselle und Madame Angot vorkamen.

Evarist wurde von plötzlicher Naturschwärmerei ergriffen beim Anblick der garbenbindenden Erntearbeiter fühlte er seine Augen von Tränen feucht werden; Träume von Frieden und Eintracht erfüllten sein Herz. Demahis blies den Bürgerinnen die leichten Samenkörner des Löwenzahns in die Haare. Da sie alle drei eine städtische Vorliebe für Blumenpflücken hatten, so brachen sie auf den Wiesen Königskerzen mit ihren dicht um den Blumenstiel wachsenden Blüten, Glockenblumen mit ihren in Absätzen angeordneten zartlila Glöckchen, die dünnen Rauten der duftenden Verbenen, Krauseminze, Schafgarbe, Gelbkraut und alle die Feldblumen des Spätsommers. Und da Rousseau das Botanisieren unter der Stadtmädchen in Mode gebracht hatte, so kannten alle drei die Namen und Liebesfunktionen dieser Blumen. Die zarten Kelche, von der Dürre halb welk, entblätterten sich in Elodies Händen und regneten zu ihren Füßen nieder. Sie seufzte in ehrlicher Trauer:

„Ach! Die Blumen welken schon!"

Alle machten sich an die Arbeit und suchten die Natur so wiederzugeben, wie sie sie sahen; aber jeder sah sie mit den Augen eines Meisters. Binnen kurzem hatte Philipp Dubois einen verlassenen Pachthof, sturmgeknickte Bäume, einen versiegten Gießbach im Stile von Hubert Robert gemodelt. Evarist Gamelin fand am Ufer der Yvette die Landschaften von Poussin wieder; Philipp Demahis entwarf einen Taubenschlag im Schelmenstil von Callot und Duplessis. Der alte Brotteaux, der die Holländer nachahmen wollte, strichelte sorgfältig an einer Kuh. Elodie skizzierte eine Strohhütte, und ihre Freundin Julie, die Tochter eines Farbenhändlers, setzte ihr die Farben auf. Dorfkinder drängten sich an sie heran und sahen zu, wie sie malte. Sie hieß sie, ihr aus dem Wege zu gehen, nannte sie „Fliegen" und gab ihnen Karamellen. Die Bürgerin Thévenin suchte sich die hübschesten von ihnen heraus, wischte ihnen den Mund ab, küßte sie und flocht ihnen Blumen ins Haar. Sie liebkoste sie sanft und schwermütig, weil sie nicht die Freude hatte, Kinder zu besitzen, und auch, um sich durch den Ausdruck zärtlicher Gefühle zu verschönen und ihre Kunst der Stellung und Gruppierung zu üben.

Sie war die einzige, die nicht malte oder zeichnete. Sie beschäftigte sich mit dem Einstudieren einer Rolle und noch mehr damit, zu gefallen. Mit ihrem Rollenheft in der Hand schwebte sie ätherisch und anmutig von einem zum andern. „Kein Teint, keine Figur, kein Körper, keine Stimme," sagten die Frauen von ihr; sie erfüllte den Raum mit Bewegung, Farbe und Harmonie. Verblüht und doch hübsch, müde und doch unermüdlich, bildete sie das Entzücken der Reisegesellschaft. Launisch, aber stets lustig, empfindlich und reizbar und doch anschmiegend und bestimmbar, scharf in ihren Ausdrücken bei höflichstem Tone, eitel und bescheiden, ehrlich und falsch, aber stets köstlich, brachte es Rose Thévenin trotzdem nicht zur angebeteten Göttin, weil die Zeiten schlecht waren und weil Paris weder Weihrauch noch Altäre für die Grazien mehr besaß. Die Bürgerin Blaise schnitt zwar Gesichter, wenn sie von ihr sprach, und nannte sie ihre Stiefmutter, konnte sich der Wirkung ihrer Grazie aber doch nicht entziehen.

Im Theater Feydeau wurden die „Visitandinerinnen" geprobt, und Rose war glücklich, in diesem Stück eine Rolle voller Natürlichkeit zu spielen. Denn Natürlichkeit suchte sie, erstrebte und erreichte sie.

„Pamela wird also nicht gespielt?" fragte der schöne Demahis.

Das Nationaltheater war geschlossen und die Schauspielerinnen nach der Besserungsanstalt geschickt worden.

„Ist das Freiheit?" rief die Thévenin, ihre schönen Augen entrüstet gen Himmel erhebend.

„Die Schauspieler vom Nationaltheater," sagte Gamelin, „sind Aristokraten, und das Stück des Bürgers François ruft die Sehnsucht nach den Adelsprivilegien wach."

„Meine Herren," fragte die Thévenin, „können Sie nur das anhören, was Ihnen schmeichelt?" . . .

Gegen Mittag wurden alle heißhungrig, und die kleine Gesellschaft kehrte ins Gasthaus zurück.

Evarist erinnerte Elodie lächelnd an ihre erste Begegnung.

„Zwei junge Vögel waren vom Dache gefallen; ihr Nest war über Ihrem Fenstersims. Sie fütterten sie auf, der eine kam durch und flog davon. Der andre starb in dem Wattenest, das Sie ihm gemacht hatten. Sie sagten: Den hatte ich am liebsten. An diesem Tage trugen Sie, Elodie, eine rote Schleife im Haar."

Philipp Dubois und Brotteaux waren etwas zurückgeblieben und sprachen von Rom, das sie beide besucht hatten, der eine 72, der andre in den letzten Tagen der Akademie. Der alte Brotteaux erinnerte sich der Prinzessin Mondragone, der er seine Liebe erklärt hätte, wäre ihr Graf Altieri nicht wie ihr Schatten gefolgt. Philipp Dubois verschwieg nicht, daß er beim Kardinal de Bernis gespeist hätte, und daß dieser der liebenswürdigste Wirt von der Welt gewesen sei.

(Fortsetzung folgt.)

Die Sezession in der Galerie Arnold

II

Der Rundgang durch die Ausstellung soll einige markante Eindrücke festhalten. — Ein Mutterporträt von Rauen besitzt unheimliche nervöse Lebendigkeit, sehr einheitlich durchgeführt. Ein Mädchenbild von Kars ist ähnlich fein zusammengestimmt und in den nüchternen Farben sehr ausdrucksvoll. Cesar Klein zeigt eine übergroße, verworrene Komposition. Neu für Dresden sind die Arbeiten von Dobringhausen. Ein Träumer, der starkes Interesse erweckt, ist sicherlich eine hervorragende Malerei, künstlerisch aber in seiner unkünstlerischen Deutlichkeit Kolportage mit pathologischem Beigeschmack. Die Arbeiten von Jawlensky sind nicht gleichwertig, es sind Leistungen mit unverkennbar dekorativem Einschlag dabei. Bemerkenswert ist es, wie seine urwüchsige, sinnlich malerische Natur auch das Porträt auf einen malerischen Grundton aufbaut, der die Komposition beherrscht und ihr sogar den Namen gibt (z. B. schwarze Augen). Eine der geschlossensten Leistungen, die die Ausstellung bietet, ist der Abenteurer von George Grosz. Hier ist eine Ueberdeckung des Stofflichen und Technischen, die keine Frage nach dem Woher und Wohin aufkommen läßt. Und das scheinbar unentwirrbare, bedrängende Durcheinander des mechanisierten Lebens in seiner konzentriertesten Form: Amerika ist in einem künstlerischen Ausdruck restlos bezwungen. Das Bild ist in seltenem Einklang Idee und Erzählung, künstlerisch gesprochen: strenger Aufbau, verbunden mit bildhaftem Nebeneinander. Grosz hat eine derartig einheitliche künstlerische Lösung in keiner andern Arbeit auch nur annähernd erreicht. — In konsequenter Einseitigkeit verharrt Lasar Segall. Seine merkwürdig schemenhaften Geschöpfe sind Träger unbegriffener, unfaßbarer menschlicher Tragik, die schon auf das Leben des Kindes vorahnende Schatten wirft. Auf diesen Ton schmerzlichen Wissens sind die Farben gestimmt, die Komposition ist eindringlich durch die unbedingte Eindeutigkeit, die auf Frontalität und Profil aufbaut. Auch in der Graphik gibt Segall einen starken Eindruck mit einer Lithographie: Blindes Kind, die eine erschütternde Tatsache mit der letzten Einfachheit weniger, wesentlicher Striche gibt. — Mitschke-Collande steht in den ausgestellten Arbeiten sichtlich unter dem Einfluß Segalls, dessen künstlerische Strenge jedoch ins Liebenswürdige gelockert und dessen Pessimismus auf leichte Melancholie umgebogen ist. So wirkt Mitschke ansprechender, gefälliger, doch auch flacher als Segall. — Walter Jacob ist ein starkes Temperament, scheint sich aber nur in Anlehnungen aussprechen zu können. Dabei gerät er von einer Gestaltungsform in die andere, ohne daß derläufig mehr herauskommt als ein flüchtiges Experiment. Diesmal, in dem Luftballonbild, erinnert er allzusehr an Kokoschka.

An den vielen schwachen Arbeiten, die als zahlreiche Gefolgschaft aufgenommen worden sind, können die Gefahren, die der Expressionismus birgt, und die toten Punkte, auf die er vielfach aufgelaufen ist, erkannt werden. Etwa die ekstatisch-religiöse Geste, die an Stelle des Bekenntnisses getreten ist. Oder das Dekorative, das in Otto Lange einen technisch sehr geschickten, doch innerlich unbedeutenden Vertreter hat. Seine Landschaften sind ein in Rezept umgewandelter Kubismus, die Formzerlegung geschieht ganz automatisch und stereotyp. Ebenso beweist die Tatsache, daß eine so exklusive Künstlernatur wie Paul Klee geistige Visionen bedeutsam in Farbe und Form zum Klingen bringt, noch nichts Prinzipielles für die verbreiterte Möglichkeit einer metaphysischen Malerei und rechtfertigt nicht die Fülle abstrakter Motive, die sich tiefsinnig gebärden als Bild, großes Bild, Karma, Synthese usw., kosmische Probleme gestalten wollen, aber in völliger Unzulänglichkeit stecken bleiben. — Kleine Blätter in bilderbogenhaftem Nebeneinander oder auch Durcheinander, plakatistische Stilisierung (Ewald), verworrene Gegenständlichkeit (Mense), stoffliche Sentimentalität (Zirkus Schinderei) vollenden das Kaleidoskop der Ausstellung. Bei vielen der im Ausdruck schwachen Arbeiten kommt der Mangel des guten Handwerks besonders bedauerlich zum Bewußtsein.

Gegen die tief unkünstlerische, spekulative Art, in der Dix Krieg und Revolution auszuschlachten versucht, kann nicht energisch genug protestiert werden. Was hier als Niederschlag der größten Katastrophe, die die Weltgeschichte kennt, zusammengemalt, geklebt und gepappt ist, verrät ein unüberbietbares Maß von Zynismus. Marktschreierisch wird antimilitaristische Gesinnung bezeugt. (Nach dem Kriege, wohlgemerkt; diese Gesinnung und ihre künstlerische Gestaltung hinken ein wenig hinter den Ereignissen her.) Mit wahrer Wollust ist die „Ausmalung" von Kriegsopfern betrieben, mit einer solch intellektuellen Häufung von Effekten, daß eine reine Panoptikumswirkung zustande kommt. Dabei ist die menschliche Kälte, die innere Teilnahmslosigkeit am Stoff lähmend spürbar. Hinzu kommen die künstlerischen Mängel, die plump betonte Stofflichkeit, die auch nur wieder stofflich wirkt und den Beschauer zur Entzifferung der Bestandteile reizt, ganz wie ein gemütliches Vexierbild. Der innere Zusammenhang geht dabei völlig verloren. Es ist sehr zu bedauern, daß die Gruppe 1919, der Dix angehört, zu wenig interne Kritik besaß, um diese Arbeiten abzuweisen.

Die Plastik ist schwach vertreten, meist bekannte Dresdner in bekannter Art. Voll mit einigen frivol-grotesken Gruppen, die ganz flächig, nicht räumlich empfunden und ebenso durchgestaltet sind — man vergleiche die uninteressierte Behandlung der Seiten- und Rückansicht. Lobenschweg mit einem sehr formalen Akt. Hoffmann, der kraftvollste der jungen Dresdner Plastiker, als neue Erscheinung Lübecke mit zwei kleinen, massig gehaltenen Kompositionen. Gela Forster, die eine starke Verheißung schien, ist diesmal eine Enttäuschung. Der Torso ist unplastisch, und die Größe kann über die formale und inhaltliche Leere nicht hinwegtäuschen. Das Porträt ist ganz verfehlt im Format — der an sich scharfe Typ wird durch die Vergrößerung unmöglich verkitscht, und die ägyptisierende Umrahmung ist äußerlich dekorativ und materialunecht behandelt. Dr. Marie Frommer.

Theater

Im Residenztheater wird jetzt allabendlich mit starkem Erfolg ein neues Werk des in Berlin lebenden Komponisten Eduard Künneke aufgeführt, das mithelfen kann, aus dem stumpfsinnigen Gefallen am derzeitigen Operettenniveau herauszuhelfen. Und zwar appelliert dieses wirkungsvolle Singspiel mehr an Gemüt und Aufmerksamkeit der Zuhörer, mit Geschmack und Vorsicht durch Gewähltheit der Ausdrucksmittel das Kitschige nur leise streifend (so in den zahlreichen melodramatisch behandelten Stimmungsstellen). Der Text des Dorf ohne Glocke ist von Arpad Pasztor nach einem ungarischen Legendenmotiv mit Geschick aufgebaut; beinahe wäre eine kleine Oper zustandegekommen. Die Verniedlichung des sinnvollen Stoffes hat zusammen mit der liebenswürdigen Vertonung Künnekes zu einem operettenhaften Singspielcharakter geführt, der durch die wohlklingende und erfindungsgewandte musikalische Arbeit den gewohnten Durchschnitt dieses Genres weit überragt. So ist z. B. das Vorspiel zum 2. Akt mit seiner bürgerlichen Festfreude ein anspruchslos reizendes Stückchen, flott und lebendig. Auch die Charakterisierungsansätze, wie im Ensemble mit Resi, der Kellnerin (von Lotte Koch forsch und gesund aufgefaßt) oder in den Duetten zwischen Schmied (Willy Karl) und Sofie der Pfarrersköchin (eine lebensvolle Type von Ida Rattner) sind von Künneke mit Talent ausgebaut. Der gefühlvolle Schwung im Gesang des Auswandererpaares wurde besonders von der Eva-Vertreterin, Brunhilde Karneth, mit viel Wärme und Stimmglanz wiedergegeben; Jastorff versagte daneben. Carl Sukfüll brachte mit überraschendem schlichten Darstellungsvermögen die Hauptgröße des Stückes zu der beabsichtigten Wirkung: den guten Hirten Pfarrer Benedikt, der es für christlicher empfand, die ihm zum Ankauf einer Kirchglocke überreichten 800 Gulden einem landbürgerlichen Liebespaar zur Gründung eines Hausstandes zu geben und damit „totes Erz in Menschenglück" zu verwandeln. Rührselig im Evangelimann-Stil ist dann die Anschuldigungsszene des greisen Priesters und seine Verteidigung, dem der Aktschluß, ihn im Ornat zeigend, wie er einer Kranken die Sakramente hinträgt. Aber dafür bringt dann die Lösung des Konflikts — der himmlische Traum, daß jubilierende Engel eine neue Glocke aufhängen, die in nachts vom neuen Patrona ... — eine auch musikalische Steigerung durch die Einstimmung des ... Chorgesanges eines Agnus Dei. Der an musikalischen ... wird von Kapellmeister Ernst Schickedanz mit ... Anzuerkennen ist besonders noch die Spielleitung Carl Witts, die neben dem Herausarbeiten von Einzelheiten, wenn (so den ... Ignaz Jandas oder des Krämers Hellwigs) doch auf einen geschlossenen Gesamteindruck hinzielen. ... ch.

Vortragskunst

Zum Gastspiel Else Lehmanns. An zwei Tagen dieser Woche wird Else Lehmann in Dresden spielen. Sie ist keine Schauspielerin von erstem Rang; aber es ist eine Zeit und eine Kunst, die mit ihr die alte Albert-Bühne betreten. Wer nicht auf literarische Sitten und Richtungen schwört, wird der Zeit nicht vergessen, da das deutsche Theater unter Otto Brahms Führung und im Zeichen Ibsens, Holzens und Hauptmanns seine bisher höchste Leistungsstufe erschwang. Gewiß, es war nur ein Gipfel. Man spielte nicht die bunten, phantasiebeschwingten, „großen", weltumspannenden Dichtungen der Klassik, und man pflegte darum nicht die vielzügige Ausstattung, nicht das Pathos des Verses, nicht die rollende Gebärde oder die stark gemischten Farben der gesteigerten Menschlichkeit. Man spielte „lebenswahre" Stücke, „naturalistische" und sozial aufgebaute Problemdramen im bescheidenen Umkreis nüchterner Inszenierung alltäglicher Ereignisse. Aber was die Albert Bassermann, Oskar Sauer, Rittner, Reinhardt, Triesch, ... Hilde Wangel, Karl Mair da leisteten an Echtheit, an stiller Kraft einprägsamer Charakteristik scharfgezeichneter Gestalten, an ... Entfaltung rein menschlicher Natur, an treuer Spiegelung wahren Lebens, an vollkommener Hingabe an die Absichten bedeutender Dichter, das wurde so kaum vorher oder nachher erreicht. Aus diesem Kreise stammt Else Lehmann. Sie hat ihm treu gedient. Ob Lona Hessel aus den Stützen der Gesellschaft, Mutter Wolffen aus dem Biberpelz, Griselda oder eine Nachtasyl-Rolle ihr zufiel, sie griff immerdar kraftvoll, stilsicher, mit innerster Anteilnahme in das Getriebe. Ein sehr nüchterner Blick für die Lebenswahrheit ist ihr eigen — sie verklärt nichts, aber sie versteht alles. Sie ist echt bis auf die Dialektfärbung, die Gebärdenplumpheit, die Derbheit des Alltags. Sie ist klug und steht nicht auf der Bühne ohne an ihrem Teil mitzubeherrschen. Sie ist Natur in stärkster Prägung, aber manchmal — und so wird es in den „Gespenstern" sein! — ist sie mehr. Aus einem ungepflegten Aeußeren, aus einer unvollkommenen Schale bricht dann ein Kern von Güte, Mütterlichkeit, reinem Frauentum hervor, der Herzen bezwingt. „Das war wieder mal unsre Lehmann!" hieß es an solchen Abenden in Berlin. Wolfgang Schumann.

Vortrag

Im Touristenverein Die Naturfreunde hielt am 17. November Herr Otto Danneberg einen interessanten Lichtbildervortrag über Teneriffa — Besteigung des Pico de Teyde. Der Vortragende verstand es, in schlichten Worten den zahlreich erschienenen Naturfreunden die eigenartigen Schönheiten des Insellandes, die Sitten und Gebräuche der von aller Welt abgeschlossenen Inselbewohner, die überaus üppige Vegetation der Insel usw. trefflich zu schildern. Erhöht wurde der Reiz des Vortrags durch zahlreiche, selbst aufgenommene Lichtbilder des Vortragenden. Den Höhepunkt des Vortrags bildete die Schilderung der Besteigung des aus Lavamassen bestehenden 3716 Meter hohen Pico de Teyde. Unsägliche Beschwerden hatten Reisende und Reittiere zu überwinden, um in der Glutlitze auf den Lavagesteinen den Gipfel des Pico de Teyde zu erreichen und von dort eine eigenartige Fernsicht zu genießen, die vollständig von den Fernsichten in der Alpenwelt abweicht. Für die Zuhörer dürfte der Vortrag des Herrn Danneberg ein lehrreicher Genuß gewesen sein. sr.

Dresdner Kalender

Theater am 23. November. Opernhaus: Figaros Hochzeit (7). — Schauspielhaus: Die Marquise von Arcis (7). — Albert-Theater: Lumpazivagabundus (7½). — Zentral-Theater: Dorfmusikanten 7). — Residenz-Theater: Das Dorf ohne Glocke (7).

Schauspielhaus. Im Schauspielhaus wird Anfang Dezember die Uraufführung des Weihnachtsmärchens Das gewandelte Teufelchen von Paul Hermann Hartwig und nach kurz vor Weihnachten eine Neueinstudierung der Versunkenen Glocke von Gerhart Hauptmann stattfinden. Im Arbeitsplan für den Anfang des nächsten Jahres sind zunächst die Neueinstudierung von Schillers Trauerspiel Die Braut von Messina, die Uraufführung der Komödie Die schwarze Sonne von Friedrich Wolf und die Erstaufführung von Shakespeares Timon von Athen vorgesehen.

Als 4. Volksvorstellung im Opernhaus wird Mittwoch den 24. November Mignon, von A. Thomas, gegeben. Der Vertrieb der Eintrittskarten hierzu erfolgt in der üblichen Weise nur durch Arbeiter- und Berufsvereinigungen. An Dienstboten, denen Karten bisher durch die Städtische Hauskrankenkasse zugängig gemacht worden sind, werden solche künftig durch den Verband der Hausangestellten, Ritzenbergstraße 2, 2., gegen persönliche Vorlegung des Einwohnerscheines oder Dienstbuches verkauft. Die Abgabe erfolgt auch an Dienstboten, die dort nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Führungen durch die Gemäldegalerie. Das Kultusministerium hat, wie bereits mitgeteilt, an den Sonntagen die öffentlichen Besuchsstunden für die Sammlungen auf die Zeit von vormittags 10 bis 1 Uhr verlegt, so daß von Anfang November an die vom Heimatdank veranstalteten Führungen durch die Gemäldegalerie nicht mehr Sonntags, sondern Montags abgehalten werden mußten. Es lag auf der Hand, daß durch die Verlegung von einem Sonntag auf einen Wochentag der Besuch nachlassen mußte, er ist aber so gering geworden, daß selbst die wenigen Kosten nicht aufgebracht werden konnten. Der Heimatdank sieht sich deshalb veranlaßt, die Führungen bis auf weiteres einzustellen. — Für die Mitglieder des Bundes der Kunstfreunde findet am Sonntag um 1 Uhr eine Führung im Stadtmuseum durch den Direktor Dr. Schmidt statt.

Die Neue Vereinigung für Kunst veranstaltet in Erweiterung ihres ursprünglichen Vortragsprogramms in den Monaten Dezember und Januar noch folgende Vortragsabende: Otto Hettner (Vorlesung seiner dramatischen Dichtung „Das kleine Paradies"), Ludwig Hardt (Rezitationen), Nidia Pines (Vorlesung „Die Sanfte" von Dostojewski, Wiederholung), Maria Reulirch (Alfred-Kerr-Abend).

VVK Dienstag den 23. November, nachm. 5 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8: Sitzung der Ausschüsse (Ausstellung, Theater, Bildung).

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Berichtigung. Die Arbeitsgemeinschaft des Genossen ... beginnt nicht Mittwoch den 24. November, sondern Mittwoch den 1. Dezember.

Dienstag den 28. Dezember: Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses. 7 Uhr, Volkshaus, Zimmer 8.

Humor und Satire

Unter Schiebern. Zwei Schieber unterhalten sich über einen dritten. „Denken Sie mal," sagt der eine, „der Mann hat sich einen Goya, einen van Dyck und einen Daumier gekauft." „Aber ich bitte Sie," erwiderte der andre eifrig, „was will er denn mit drei Autos?"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201122/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG